

Editorial von Manfred Jeub

Liebe Leserinnen und Leser,

dieser Rundbrief bringt zwei zuvor meist verteilte Informationen in einer Ausgabe: die übliche Dokumentation des letzten Studientags 2023 und die Ankündigung des neuen Studientags 2024. Der liegt dieses Jahr schon im Oktober, einen Monat früher als in den letzten Jahren, und wir möchten Sie bitten, den Terminer zu zücken und entsprechend zu disponieren: 12. Oktober 2024 am vertrauten Ort in Karlsruhe.

Auch der kirchliche Aktionstag am Atomwaffenstandort Büchel liegt dieses Jahr früher als bisher: 25. Mai. Des Weiteren laden wir ein zu einer virtuellen Mitgliederversammlung des FFE am 13. Mai.

Der letztjährige Studientag, der unter dem Titel „Bedrohte Diskurse“ zwei Dissidentinnen-Referate – so darf man in unserem Land inzwischen wohl formulieren – zu Gehör brachte, wurde unter Beschuss genommen, wie wir es noch nie erlebt haben. Eine Empörungskampagne bestätigte uns postwendend, wie brennend aktuell unser Thema war, d. h. genauer gesagt landete der Shitstorm eben nicht bei uns als den Veranstaltern des Studientages, sondern „höheren Orts“ bei der Landeskirche. Deren Umgang damit war einmal mehr enttäuschend für das FFE.

Das FFE hat inzwischen eine eigene Website, die sich bereits in aktuellen Auseinandersetzungen bewährt hat. Wenn Sie www.forum-friedensethik.de aufrufen, werden Sie dort unter „Beiträge“ eine ganze Artikelserie finden, mit denen der Leitungskreis zusammen mit unserem Arbeitskreis Kairos-Palästina in die Vorgänge um den Weltgebetstag der Frauen 2024 eingegriffen hat.

Der WGT 24 war von palästinensischen Frauen vorbereitet und wurde nach dem 7. Oktober von israelischen Pressuregroups, z.B. dem Koordinationsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, so massiv skandalisiert, dass das deutsche WGT-Komitee die vorbereiteten Materialien einstampfen ließ und mit einer eigenmächtigen „Überarbeitung“ aus der internationalen Übereinkunft ausscherte. Wir haben die Manipulationen durchschaubar gemacht und die originalen Materialien zur Verfügung gestellt. Es gab Bedankungen und vielfach wurde der Weltgebetstag denn auch unverfälscht gefeiert.

Das Wüten des israelischen Militärs im Gazastreifen und dessen monatelanges Beschweigen in Deutschland hat den Leitungskreis nach längeren Beratungen zu der Pressemitteilung „Zum Gewaltexzess in Gaza“ veranlasst. Wir hoffen inständig, dass es der Weltgemeinschaft bald gelingt, dem Grauen endlich Einhalt zu gebieten.

Die vom FFE unterstützte Initiative „Sicherheit neu denken“ hat mit dem Impulspapier Nr. 4 ihre Position aktualisiert. Wir geben die Kurzfassung in Thesenform wieder. Das ganze Papier steht auf der Website <https://www.sicherheitneudenken.de/> zum Download bereit.

Zum Abschluss gibt es noch zwei Rezensionen sehr empfehlenswerter Bücher, beide 2023 erschienen. Im Sammelband, dessen Titel „Bedrohter Diskurs“ dem unseres Studientags 2023 entspricht, stehen nebeneinander Beiträge zweier Theologinnen zu lesen: Margot Käßmann und Heike Springhart. Man vergleiche!

Inhalt

<i>Editorial</i> von Manfred Jeub	1
<i>Impressum</i>	2
<i>Einladung zum FFE-Studientag 2024 Die ‚Entwestlichung‘ der Welt – und der Wiederaufbau der zerstörten europäischen Friedensordnung</i>	3
<i>Kirchlicher Aktionstag in Büchel - Einladung und Programm</i>	4
<i>Einladung zur Mitgliederversammlung des Forums Friedensethik online am 13. Mai 2024, 18:00 – 20:00 Uhr</i>	4
<i>Dokumentation des FFE-Studientages 2023 „Bedrohte Diskurse“</i>	5
1. Begrüßung und Einführung von Dr. Wilhelm Wille.....	5
2. Respekt geht anders. Russland und die Ukraine in der öffentlichen Diskussion Vortrag von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz	6
3. Staatsräson und Schuldabwehr oder die Erfindung des „israelbezogenen Antisemitismus“ Vortrag von Karin Wetterau	12
<i>Vorgänge um den FFE-Studientag 2023 „Bedrohte Diskurse“ Ein Kurzbericht von Manfred Jeub (10. Januar 2024)</i>	24
<i>FFE-Pressemitteilung zum Weltgebetstag der Frauen: Aufruf, den Originaltext und das ursprünglich veröffentlichte Titelbild des WGT beizubehalten und zu verwenden (8. Februar 2024)</i>	25
<i>FFE-Pressemitteilung zum Gewaltexzess in Gaza (27. Februar 2024)</i>	26
<i>Sicherheits-Strategien neu denken: Gewalt stoppen und überwinden! In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global. Initiative Sicherheit neu denken (20. November 2023)</i>	26
<i>Rezension Hermann Theissen, Helmut Donat (Hrsg.) Bedrohter Diskurs von Michael Schmid</i>	29
<i>Rezension Moshe Zimmermann/Moshe Zuckermann: Denk ich an Deutschland... von Tamar Amar-Dahl</i>	30

Impressum

Das „FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878

FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

<http://www.ekiba.de/html/content/rundbriefe.html>

Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55

Redaktion: Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468



Einladung zum FFE-Studientag 2024 Die ‚Entwestlichung‘ der Welt *– und der Wiederaufbau der zerstörten europäischen Friedensordnung*

Westliche Medien und Regierungen bringen den gegenwärtigen globalen Grundkonflikt, der das Potenzial hat, die Welt zu zerstören, auf die Formel: Demokratische gegen autokratische Systeme. Die nicht-westliche Welt sieht das weitgehend anders. Sie nimmt primär einen Konflikt wahr, bei dem es um die Ablösung bzw. Aufrechterhaltung der traditionellen westlichen Vorherrschaft geht. Sie versucht, sich entsprechend deutlicher zu positionieren.

In den gegenwärtigen Spannungen und militärischen Auseinandersetzungen im chinesischen Meer, Westafrika, dem Nahen Osten und der Ukraine wird auch die Zuspitzung eines Konfliktes um die ‚Entwestlichung‘ der Welt sichtbar. Beim nächsten Studientag wird es darum gehen, die Voraussetzungen, Gefährdungen und Chancen, die diesen politischen Prozess ausmachen, besser zu verstehen.

„Sicherheit neu denken“ geschieht im Kontext dieser Fragen. Die gegenwärtige militärgestützte westliche Sicherheitspolitik läuft auf eine langfristige Politik der Konfrontation mit Russland hinaus. Es ist überlebenswichtig, die europäische Friedensordnung wieder aufzubauen, und das unter Berücksichtigung der gegenwärtigen geopolitischen Auseinandersetzungen.

Termin: **Samstag, 12. Oktober 2024, 10.30 – 16.30 Uhr**

Ort: Albert-Schweitzer-Saal an der Christus-Kirche in Karlsruhe,
Reinhold-Frank-Straße 48a (beim Mühlburger Tor)

Tagungsbeitrag: 20,00 EUR inkl. Mittagessen und Getränke

Anmeldung: **möglichst bald**, spätestens 1. Oktober 2024 bei Dr. Werner Schmidt,
E-Mail: dr.schmidt-keltern@t-online.de, Tel.: 07236-7306

Programm:

10:30 Begrüßung

10:45 – 11:30 **Das Unvermeidliche – die Entwestlichung der Welt**
Vortrag von Hans Graf Sponeck

11:30 – 12:00 Rückfragen aus dem Plenum

12:00 – 12:45 Kleingruppenarbeit zu Einzelaspekten des Themas

12:45 – 13:45 Mittagspause

13:45 – 14:30 **‚Westliche Werte‘, doppelte Standards und die neue Weltordnung**
Vortrag von Andreas Zumach

14:30 – 15:00 Rückfragen aus dem Plenum – Kaffeepause

15:15 – 16:00 Kleingruppenarbeit zu Einzelaspekten des Themas

16:00 – 16:30 Abschlusspodium mit den Referentinnen

Veranstalter:

Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden, in Kooperation mit
Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe,
Bezirksstelle für Evangelische Erwachsenenbildung (eeb) Karlsruhe,
pax christi Diözesanverband im Erzbistum Freiburg

Kirchlicher Aktionstag in Büchel - Einladung und Programm



Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens

FÜR GERECHTEN FRIEDEN



Aufruf zum Kirchlichen Aktionstag 2024 in Büchel am 25. Mai 2024

Der Leitungskreis des FFE unterstützt den kirchlichen Aktionstag 2024 in Büchel und ruft zur Teilnahme auf.

Die Predigt wird Bischof Kramer, der Friedensbeauftragte der EKD, halten.

Programm:

11.00 h Musik und Einstieg

12.00 h Ö

kumenischer Gottesdienst

Predigt Landesbischof Friedrich Kramer

13.00 h Bring und Share-Essen

14.00 h Gespräche, Impulse, Musik

15.00 h Heimreise

Weitere Infos zum Kirchlichen Aktionstag in Büchel finden Sie bei

www.KirchenGegenAtomwaffen.wordpress.com.

Einladung zur Mitgliederversammlung des Forums Friedensethik online am 13. Mai 2024, 18:00 – 20:00 Uhr

Alle FFE-Mitglieder sind herzlich eingeladen zu einer Mitgliederversammlung, die wir online abhalten. Ein Anschreiben mit dem Zoom-Link ergeht noch.

Tagesordnung

1. Begrüßung und geistlicher Impuls
2. Bericht des LK: Rückblick, Ausblick und Studientag
3. Bericht des Kassenwartes, Kassenprüfung durch Dietrich Becker-Hinrichs (angefragt!)

Aussprache

Entlastung des LK

4. Vorstellung des Satzungsentwurfs für die Vereinsgründung

Erhebung eines Stimmungsbildes

5. Verschiedenes

6. Abschluss mit Vorstellung des Studientages

Dokumentation des FFE-Studientages 2023 „Bedrohte Diskurse“

1. Begrüßung und Einführung von Dr. Wilhelm Wille

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, die Sie an unserm Studientag teilnehmen zum Thema „Bedrohte Diskurse – Ist bei Themen wie Ukraine und Palästina noch Meinungsfreiheit gegeben?“

Ich freue mich, Sie begrüßen zu dürfen, und heiße Sie herzlich willkommen. Das sage ich Ihnen auch – *urbi et orbi* – im Namen unserer kooperierenden Partner, der Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat, der Bezirksstelle für evangelische Erwachsenenbildung (Karlsruhe) und dem Pax Christi Diözesanverband im Erzbistum Freiburg.

Ein besonders herzlicher Gruß geht natürlich an unsere beiden Referentinnen. Wir freuen uns sehr, dass es diesmal geklappt hat, liebe Frau Krone-Schmalz; wir hatten ja vor zwei Jahren schon einmal Mails miteinander ausgetauscht, als es um unsern Studientag „Neue Verständigung mit Russland“ ging. Die meisten der Anwesenden werden Sie kennen als langjährige Russland-Korrespondentin und Autorin zum Thema. Zumindest für den LK des FFE darf ich hinzufügen: ...und schätzen!

Auf Anhieb einig geworden sind wir uns mit Frau Wetterau. Ein herzliches Willkommen auch Ihnen, liebe Frau Wetterau. Hier sollte ich dazusagen, dass Sie als Lehrbeauftragte und Lehrerin im Hochschuldienst tätig sind an der Fakultät für Soziologie der Uni Bielefeld. Ihre Arbeit als Autorin zum Thema „Neuer Antisemitismus“ kommt uns zugute. Wir haben an dieser Stelle sozusagen auf Sie gewartet.

„Bedrohte Diskurse“, ein Thema, das uns im FFE seit Langem bewegt. Demokratie braucht zu ihrem Überleben wachsame Demokraten. Sie sei von den Rändern des politischen Spektrums her bedroht, sagt man uns. Wir haben manchmal den Eindruck, sie könnte auch von der Mitte her bedroht sein – wenn es um den Ukraine-Krieg und Israel/Palästina geht. Sprachregelungen schleifen sich ein und werden wie politische Normen gehandelt. Medien erscheinen uns oft wie selbstgleichgeschaltet. Ein salopper Umgang mit den Grundrechten Dissentierender macht sich breit.

Schlampig gemachte – freundlich gesagt – Gesetze könnten es leichter machen, von der jeweiligen Regierungslinie abweichende Meinungen zu kriminalisieren bzw. ihre öffentliche Äußerung abzuschrecken. Die Dinge scheinen sich jetzt gerade zuzuspitzen. Es ist aber wichtig, festzuhalten: Das, was jetzt passiert, hat eine Vorgeschichte.

Ich versuche, es mit einer Episode aus einer Palästina-Reise zu veranschaulichen, die vieles bündelt und vielleicht hilft, für unser Gespräch wichtige Elemente dieser Vorgeschichte bei unserm Gedächtnis abzurufen.

Das FFE hatte 2018 eine Palästina-Reise organisiert. Unter den Teilnehmenden war auch eine russischstämmige Deutsche mit einer paradigmatischen Biographie – Tamara, meine ich, hieß sie. Wir erfuhren *peu à peu* an den Abenden im lutherischen Hospiz in Ost-Jerusalem oder in der Abrahamsherberge in Beit Jala, Westjordanland: Tamaras Mutter wurde 1942, 14-jährig, als Zwangsarbeiterin nach Deutschland verschleppt. Furchtbare Erfahrung für ein Kind – nicht geprügelt, nicht verhungert, aber existenziell desorientiert, unter Menschen, deren Sprache ‚wie Hundegebell‘ klang.

Tamaras späterer Vater war „Politruk“, politischer Kommissar in einer Einheit der Roten Armee. Bei einem der letzten taktischen Vorstöße einer deutschen Einheit kurz vor Berlin geriet er in deutsche Kriegsgefangenschaft. Er überlebte, weil er im letzten Moment die Uniform eines toten Soldaten angezogen hatte. Die deutsche Wehrmacht hat die politischen Kommissare regelmäßig ermordet.

Die Zwangsarbeiterin und der Politruk trafen sich und blieben in Deutschland. Mit dem Nachlassen der Repression in der Sowjetunion konnte Tamaras Vater Kontakt aufnehmen mit einem Freund, der im Generalkonsulat in Hamburg arbeitete. Tamara bekommt Gelegenheit, regelmäßig in die SU zu reisen und die Menschen kennen zu lernen – wie sie ihre Geschichte erinnern, aber auch wie erstaunlich versöhnungsbereit sie gegenüber den Deutschen sind.

Bei unserer Reise haben wir nicht nur Hebron und palästinensische Flüchtlingslager besucht. Wir waren selbstverständlich auch in Yad Vashem. Wir sind bewegt zurückgekommen und haben ausführlich darüber gesprochen.

Und dann abends im Quartier hat Tamara gefragt: „Was die Menschen in Russland anbelangt, gibt es in Deutschland nicht eine andere, sondern gar keine Erinnerungskultur. Woran liegt das?“

Versuchten wir eine Antwort, wurde jedenfalls deutlich: Es ging nie einfach um Fakten, es ging im politischen Großen und Ganzen nie nur um moralische Einsicht und Umkehr. Sehen und Wegsehen waren politisch konditioniert. Dass ging weiter und spitzt sich jetzt zu. Das muss man verstehen und gefährliche

Trends sind umzukehren, damit Deutschland einen wirklichen Beitrag zum Frieden leisten kann.

Gestatten Sie mir noch drei kurze Sätze. Den letzten Studientag im November 22 hat Dirk Harmsen eröffnet, den wir sehr vermissen. Danke, dass Sie heute gekommen sind, liebe Frau Harmsen. Sie haben ja alles mitgetragen, was ihn bewegt hat, und was wir von ihm immer noch haben, verdanken wir auch Ihnen. Herzlich willkommen!

2. Respekt geht anders. Russland und die Ukraine in der öffentlichen Diskussion *Vortrag von Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz*

Ich grüße Sie alle recht herzlich. Ja, Respekt geht anders. Russland und die Ukraine in der öffentlichen Diskussion. Um gleich mit der Tür ins Haus zu fallen. Unsere Gesellschaft braucht respektvollen Streit. Das, was man gemeinhin Streitkultur nennt. Unsere Demokratie wird nämlich nicht am Hindukusch verteidigt, wie der damalige Verteidigungsminister Peter Struck gesagt hat, um den Kriegseinsatz in Afghanistan zu rechtfertigen. Auch nicht in erster Linie in der Ukraine. Der Kampf um unsere Demokratie findet nicht im Ausland, sondern innerhalb unserer Landesgrenzen statt. Und je eher die hier lebenden Menschen das begreifen, umso besser. Es wird aber nicht respektvoll gestritten, sondern gewisse Gruppen beanspruchen die Deutungshoheit über politische Themen. Die Meinungskorridore sind bedrückend schmal geworden. Das heißt in der Konsequenz: Andersdenkende sind eben kein selbstverständlicher Bestandteil unserer grundsätzlich lebendigen, offenen Gesellschaft mehr, sondern Störfaktoren, die man besser erst gar nicht zu Wort kommen lässt. Oder sogar Feinde, die es mit aller Konsequenz auszugrenzen gilt. Am Thema Russland und Ukraine lässt sich das gut deutlich machen. Damit das klar ist: Meine Ausführungen jetzt werden keine Rechtfertigung dieses Krieges sein. Ich halte Krieg grundsätzlich für keine Option in unserer sogenannten zivilisierten Welt und habe auch für diesen Krieg keinerlei Verständnis.

Und ich bitte Sie, dass Sie das zur Kenntnis nehmen und auch während des gesamten Vortrags nicht vergessen. Noch eine Vorbemerkung: Nach meinem Eindruck sind mittlerweile ein paar Selbstverständlichkeiten abhandengekommen, die ich deshalb konkret erwähnen möchte. Wer Gegenwärtiges verstehen will, und zwar verstehen im Sinne von begreifen, der muss Vergangenes zumindest ansatzweise kennen. Realität ist immer ein Prozess und keine Momentaufnahme. Um Realität zu begreifen, ist es notwendig, über Chronologien Bescheid zu wissen. Ursache und Wirkung

nicht zu verwechseln und zumindest zu versuchen herauszufinden, wer in einer Angelegenheit agiert und wer reagiert. Wenn man diese Selbstverständlichkeiten mit Blick auf den Krieg in der Ukraine ernst nimmt, dann muss man sich für die Vorgeschichte interessieren. Nicht im Sinne von Rechtfertigung, aber im Sinne von erklären. Das ist auch so eine Selbstverständlichkeit, die in Vergessenheit geraten ist. Erklären hat ja nichts mit Rechtfertigen zu tun. Um auch das noch anzusprechen: Verstehen und Verständnis haben sind zwei verschiedene Dinge. Und um auch das noch anzuschließen: Die Kategorisierung in Gut und Böse, wobei die Rollen mit Blick auf Russland und Ukraine ja klar verteilt sind, hilft überhaupt nicht weiter.

Ganz im Gegenteil. Dieser fatale Bekenntniszwang, der sowohl in der Politik als auch in den Medien üblich geworden ist, der verhindert eine sachorientierte Auseinandersetzung. Ein „Ja, aber ...“ oder „Nein, obwohl ...“, das hat ja nichts mit Rechtfertigen zu tun oder mit Schwäche oder mit Unentschlossenheit, sondern das spricht dafür, dass derjenige zur Differenzierung fähig ist und sich mit diesem platten Schema von Gut-Böse-Sortierung nicht zufriedengibt, was der Realität im Übrigen selten standhält. Eines der überzeugendsten „Ja, aber ...“ stammt von Klaus von Dohnanyi, diesem besonnenen SPD-Politiker, der in den 80er Jahren Erster Bürgermeister in Hamburg war. Der hat bei einer Veranstaltung der Körber-Stiftung im Mai dieses Jahres – kann man übrigens im Internet noch finden, lohnt sich – sinngemäß gesagt: Ja, der Krieg, den die Russen begonnen haben, ist ein Verbrechen. Aber dass der Westen ihn nicht verhindert hat, ist eine Sünde. Also schauen wir uns mal konkret an, was sich im Vorfeld des Krieges abgespielt hat. Zur Vorgeschichte muss man den Fokus nämlich auch mal auf Dinge legen, die bei uns eher weniger bekannt sind, weniger verbreitet werden. Und wenn diese Informationen dann doch mal den Weg zu uns finden, dann von vornherein als

russische Propaganda identifiziert werden. Die gibt es natürlich. Propaganda ist überhaupt keine Frage. Aber nicht jeder russische Blickwinkel ist Propaganda. Das zu behaupten ist lediglich die bequemste Variante, sich nicht inhaltlich auseinandersetzen zu müssen. Und nur der Vollständigkeit halber: Propaganda können sie alle. Das ist kein Privileg Moskaus.

In den östlichen Gebieten der Ukraine herrscht seit mehr als acht Jahren Krieg. 2014 haben sich die Verwaltungsbezirke Donezk und Lugansk im Donbass für unabhängig erklärt, weil sie den Umsturz in Kiew nicht mitmachen wollten, der für sie nichts Gutes versprach. Das lässt sich im Einzelnen auch belegen. Das habe ich in meinen Büchern auch getan, mit den entsprechenden Quellen, versteht sich. Und wie so oft ist auch da die Chronologie von entscheidender Bedeutung, um Dinge seriös einordnen zu können. Dass Russland das später für seine Zwecke instrumentalisiert hat, das will ich ja gar nicht bestreiten. Aber der Ausgangspunkt war ein absolut innerukrainischer. Jedenfalls versucht die ukrainische Regierung seitdem, diese Gebiete mit militärischer Gewalt zurückzuerobern.

Ukrainische Streitkräfte und Milizen, die der russischen Wagnertruppe in puncto Brutalität in nichts nachstehen, führen seit über acht Jahren Krieg dort. Kiew nennt das allerdings auch nicht Krieg, sondern Antiterroroperation. Aber diese semantischen Feinheiten, die sind ja auch bei uns in Deutschland angekommen, wenn Bundeskanzler Scholz in einer Sendung von Sandra Maischberger vom Afghanistanengagement der USA spricht und natürlich den Krieg meint. Engagement hört sich noch besser an als Spezialoperationen. Seit acht Jahren herrschte in der Ostukraine ein Krieg mit all dem Elend, das wir jetzt in anderen Teilen der Ukraine gezeigt bekommen. Zerstörte Wohnhäuser, kaputte Infrastruktur mit Blick auf Wasser, Heizung. Dieser Kampf hat circa 14.000 Zivilisten das Leben gekostet. Da gab es auch zerfetzte Menschen und weinende Kinder. Internationale Proteste gab es eher nicht, jedenfalls nicht in Richtung Ukraine. Dabei haben die Beobachter der OSZE, und das ist ja nun wahrlich keine Außenstelle des Kreml, täglich Artillerie, Detonationen registriert und kurz vor dem russischen Angriff Hunderte pro Tag. In Donezk gibt es seit dem 1. Juni 2017 ein Denkmal für Kinder, die Opfer von Bombardements geworden sind. Auf diesem Denkmal stehen fast 200 Namen, die in diesen drei Jahren von 14 bis 17 ums Leben gekommen sind. Reportagen aus der Ostukraine fanden im Wesentlichen auf der westlichen Seite der Front statt, die den euphemistischen Namen Kontaktlinie trug. und nicht in den sogenannten Separatistengebieten auf der östlichen Seite. Das heißt, es kamen eben auch nur die

Menschen zu Wort, die auf der westlichen, das heißt auf der von Kiew kontrollierten, Seite lebten. Angemessen und fair wäre es gewesen, sich auf beiden Seiten zu bewegen und die hier und dort lebenden Menschen zu befragen. Aber das ließ Kiew nicht zu. Eigentlich hätte man das thematisieren müssen und diejenigen, die das heute versuchen, von der anderen Seite der Front zu berichten, die verlieren ihren Job. Es war auch eine bemerkenswerte Entwicklung in unserem Land. Ein Jahr vor Kriegsbeginn hat der ukrainische Präsident Selenski ein Dekret erlassen, in dem die Rückeroberung der Krim quasi angeordnet wurde. Einige Zeit später begann man dann damit, ukrainische Streitkräfte im Süden und Osten des Landes zusammenzuziehen, was Russland natürlich nicht verborgen geblieben ist. Die Zahl, je nach Quelle, handelt es sich um zwischen 60- und 80.000 Soldaten, ist eine ganze Menge. Parallel dazu fanden zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee diverse NATO-Manöver statt, und die Zahl der Aufklärungsflüge der USA an der ukrainisch-russischen Grenze stieg nennenswert. Im November 2021 haben die USA und die Ukraine ein Abkommen über strategische Partnerschaft geschlossen, in dem sowohl die NATO-Perspektive der Ukraine als auch die Rückeroberung der Krim als Ziele genannt wurden. Im Januar 2022, also einen Monat vor dem russischen Angriff, hat die NATO die Ukraine eingeladen, um an der NATO-Agenda 2030 mitzuarbeiten, also dem Strategiepapier der NATO, und das, obwohl die Ukraine überhaupt kein NATO-Mitglied ist. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten, die Fragezeichen aufwerfen, aber die nicht ernsthaft diskutiert werden. Der Krieg war erst ein paar Tage alt, als sich der ukrainische Präsident öffentlich äußerte, man könne sich einen neutralen Status der Ukraine vorstellen. Warum erst nach Kriegsbeginn? Der Krieg war gerade mal einen Monat alt, als es in Istanbul zu einer vielversprechenden Vereinbarung zwischen Moskau und Kiew kam. Und dann besuchte Boris Johnson Kiew und machte klar, dass eine Beendigung des Krieges zu diesem Zeitpunkt nicht im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft liege.

Das war natürlich kein Alleingang des britischen Premiers. Flankiert wurde das Ganze von amerikanischen Stimmen, die als Kriegsziel definierten, Russland müsse in die Knie gezwungen werden. Es ging also über die Befreiung der Ukraine weit hinaus. Apropos in die Knie zwingen: Auf EU-Ebene und in Deutschland heißt es ja immer wieder, die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen. Manche Politiker, die sich da zurückhaltender äußern, werden in Interviews gedrängt, geradezu genötigt, genau diese Formulierung zu wählen, genau diese Aussage zu machen. Aber was das konkret heißen soll, den Krieg gewinnen, das bleibt eher im Dunkeln. Vor allem, was es im

Umkehrschluss bedeutet, dass nämlich Russland diesen Krieg verliert. Der damalige US-Präsident John F. Kennedy hat nach der heil überstandenen Kubakrise Anfang der 60er Jahre gesagt: Wenn ich eine Lehre daraus gezogen habe, dann, dass man eine Atommacht nicht in die Enge treiben darf. Für alle, die das nicht mehr so präsent haben, es sind ja doch ein paar Jüngere dabei, das ist immerhin 60 Jahre her: Das nukleare Wettrüsten war auf dem Höhepunkt im Rahmen des Kalten Krieges. Und die damalige Sowjetunion hatte auf Kuba Mittelstreckenraketen und atomare Sprengköpfe stationiert, was die USA vor ihrer Haustür natürlich nicht dulden wollten. Auch da ist die Reihenfolge nicht uninteressant. Die USA ihrerseits hatten nämlich vorher entsprechende Dinge in der Türkei platziert, also vor der Haustür der Sowjetunion. Na ja, jedenfalls bestand durch eine US-amerikanische Seeblockade vor Kuba, die im Übrigen völkerrechtswidrig war, das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen beiden Atommächten. Die Welt stand ohne Übertreibung am Rande ihrer eigenen Vernichtung. Und es ist den Tauben auf beiden Seiten zu verdanken, dass es dazu nicht gekommen ist. Die Dramatik rund um dieses Geschehen wird mit dem Wort Kubakrise meines Erachtens nur sehr unzureichend beschrieben.

Zurück zu heute. Dass sich jetzt Scharfmacher und Hardliner so viel Gehör verschaffen können, hängt vielleicht damit zusammen, dass ihnen und ihrem Publikum aufgrund ihres Alters oder besser gesagt aufgrund ihrer Jugend die eigene Erfahrung fehlt, um die Bedeutung von Krieg und Zerstörung zu ermessen. Die Kriegsgeneration stirbt langsam aus und das Bewusstsein für die Zerbrechlichkeit von Frieden offenbar auch: Krieg ist eben keine aseptische Joystickoperation, die punktgenau militärische Ziele ohne Menschen erwischt. Krieg, ganz gleich welcher, ist Barbarei auf allen Seiten. Krieg ist das Kriegsverbrechen! Ich hatte das Glück, Krieg nicht selbst erleben zu müssen. Aber ich konnte auch in meiner Familie mit vielen Menschen sprechen, die den vielfältigen Schrecken des Krieges eben nicht entkommen sind. Und ich weiß durch die vielen Trümmergrundstücke rund um mein Zuhause, wie Städte aussehen, die Bomben plattgemacht haben, in denen es weder Munitionsfabriken gab noch irgendein anderes militärisch lohnendes Ziel, nur Wohnhäuser und Zivilisten. Bundeskanzler Olaf Scholz betont ja immer mal wieder, man wolle trotz der Unterstützung der Ukraine nicht zur Kriegspartei werden. Das ist ja durchaus von existenzieller Bedeutung für uns alle. Deshalb ist es auch so wichtig zu wissen, wo genau da die Grenzlinie verläuft, die man möglichst nicht überschreiten sollte. Dazu gibt es eine erhellende Auskunft des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages. Auf eine entsprechende Anfrage war die Antwort, und zwar bereits am 16.

März 2022, also vor gut anderthalb Jahren: Nicht mit den Waffenlieferungen, aber mit der Ausbildung von Soldaten verlässt man den gesicherten Bereich der Nichtteilnahme an einem Krieg. Das heißt, wir befinden uns bereits seit geraumer Zeit außerhalb dieses gesicherten Bereichs. Die Bundeswehr hat sogar eine Führungsrolle übernommen in der Ausbildung innerhalb eines EU-Ausbildungsprogramms. Und vor ein paar Tagen hat der dafür zuständige Bundeswehr-Generalmajor Christian Freuding nicht ohne Stolz verkündet, dass seit Kriegsbeginn 8.000 ukrainische Soldaten eine Ausbildung bei der Bundeswehr durchlaufen haben. Es hängt also nicht mehr von uns ab, ob wir Kriegspartei sind oder nicht, sondern von der Wahrnehmung. In Moskau müsste über derlei im wahrsten Sinne des Wortes existenzielle Fragen nicht offen und öffentlich debattiert werden. Wie weit gehen wir denn in der Unterstützung der Ukraine, wenn wir damit den eigenen Interessen schaden? Nicht nur wirtschaftlich, sondern mit Blick auf Krieg und Frieden? Was ist denn mit dem Eid, den Bundeskanzler und Minister feierlich bei Amtsantritt ablegen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden? Was ist denn mit dem Friedensgebot im Grundgesetz? Diese Debatten finden in der sogenannten Mitte der Gesellschaft eher nicht statt. Ich halte das nicht nur für einen Fehler, sondern für systemgefährdend. Wissen Sie, warum? Das führt zur Aushöhlung demokratischen Denkens. Und das sollten wir in Deutschland nach unserer Vorgeschichte nicht riskieren. Und was die Sanktionen betrifft, dass die unserem Land wesentlich mehr schaden als Russland, das wird ja auch eher selten thematisiert. Aber die neuesten Zahlen des IWF, des Internationalen Währungsfonds, bestätigen genau das, und zwar in selten dramatischer Weise. Und die Aussage, Russland habe uns den Gashahn zuge dreht, die ist ja so auch nicht korrekt. Das haben wir schon selber erledigt, indem wir frühzeitig vollmundig erklärt haben, auf russisches Gas verzichten zu wollen, um nicht die russische Kriegsmaschinerie mit am Laufen zu halten. Ungeachtet dessen finden sich sowohl in Berichten als auch in Moderationen und erst recht in politischen Statements immer wieder Sätze wie „Seit Russland uns den Gashahn zuge dreht hat ...“ Irgendwann glaubt man es dann. Der Krieg hat die Energiepreise verteuert. So neulich ein Kollege von der Börse. Ja, das stimmt. Aber wir haben die Entscheidungen getroffen, die dazu geführt haben. Der Krieg alleine hätte für uns nichts geändert. Halbwahrheiten sind manchmal gefährlicher als Lügen, denn die lassen sich leichter entlarven.

Auffällig ist, dass es oftmals gerade hochrangige Militärs sind, nicht nur bei uns, die weniger den Waffenlieferungen das Wort reden als der Diplomatie und die emotionslos analysieren. Dass die Ukraine letztlich

diesen Krieg niemals gewinnen kann, das mag man bedauern oder nicht, aber man sollte nicht die Augen davor verschließen. Solche Einschätzungen kommen allerdings in der Regel in den sogenannten Massenmedien oder Leitmedien nicht vor und sind als Position in den diversen Talkshows auch eher nicht vertreten. Allenfalls als Punchingball für die übrigen Gäste. Und dann greift sofort die Diffamierungsmaschinerie mit all den ausgrenzenden Etiketten, die schnell dafür sorgen, dass eine entsprechende Position nicht diskutabel ist. Hin und wieder heißt es in kleinen, geschützten Kreisen: Ja, das mag stimmen, aber ich will mich nicht vor falsche Karren spannen lassen. Stichwort rechts-extrem. Linksextrem. Damit ist dann meistens die AfD gemeint oder irgendwas Dubioses, mit dem man auf keinen Fall irgendwas zu tun haben möchte. Klar, das ist ein Risiko. Aber dazu möchte ich gerne den Kabarettisten Andreas Rebers zitieren, der gesagt hat: Wenn ich etwas Richtiges sage, was den falschen Leuten gefällt, dann wird das Richtige dadurch nicht automatisch falsch. Und da sind wir sofort wieder bei den Herausforderungen einer Demokratie. Wenn man unbequeme, heikle Dinge unter den Teppich kehrt, dann sind die ja nicht weg, sondern ganz im Gegenteil. Und wenn der Haufen dann groß genug ist, dann stolpern mehr drüber als gestolpert wären, wenn man das rechtzeitig aufgegriffen hätte. Mit anderen Worten: Wenn sich die sogenannte Mitte der Gesellschaft die Themen kapern lässt, die der Bevölkerung auf der Seele brennen, dann schadet das dem demokratischen Denken. Es ist ja kein Wunder, dass der Glaube an die Demokratie laut Umfragen sinkt, und das Vertrauen in die Regierung sinkt ja auch. Und selbst der Opposition wird ja nicht wirklich zugetraut, mit den vielfältigen Problemen lösungsorientiert fertig zu werden. Jetzt möchte ich einen kurzen, intensiveren Blick auf die Ukraine werfen. Es wäre ja sinnvoll, nicht nur Russland, sondern auch die Ukraine zu verstehen. Und auch hier ist Verstehen nicht identisch mit Verständnis- Haben bzw. umgekehrt. Wer so vehement uneingeschränktes Verständnis und ebensolche Unterstützung für die Ukraine äußert, quasi eine unkritische Fankultur betreibt, hat die Ukraine vielleicht gar nicht richtig verstanden.

Das Gebiet der heutigen Ukraine wurde nie ausschließlich von Menschen bewohnt, die sich als Ukrainer begriffen. Aufgrund der geografischen Lage und der wechselvollen Geschichte gab es dort immer starke ethnische und auch religiöse Minderheiten, seien es Russen, Polen, Deutsche, Rumänen, Tschechen oder eben Juden und Muslime. Als die Sowjetunion entstand, existierten eine westukrainische Volksrepublik auf dem ehemals habsburgischen Territorium nach dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn und eine ukrainische Volksrepublik aus der

Konkursmasse des Russischen Reiches. Beide Republiken wurden von der im Entstehen begriffenen Sowjetunion bedrängt und von Ländern wie Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei. Der größte Teil der heutigen Ukraine wurde dann 1922 Sowjetrepublik. Die Ukraine, wie wir sie heute kennen, existiert seit 1991, also etwa 32 Jahre. Ein Problem der ukrainischen Identität besteht darin, dass der Ukraine eine historische Kontinuität der Staatlichkeit fehlt. Diese treffende Formulierung stammt leider nicht von mir, sondern aus einem Artikel, den ich dazu gelesen habe. In dem Zusammenhang möchte ich das Buch *The Tragedy of Ukraine*, die Tragödie der Ukraine, erwähnen von Nikolaj Petrow, Professor an der US-amerikanischen Universität Rhode Island. Da geht es um nicht weniger als um die ukrainische Identität und den innerukrainischen Streit darüber. Das ist nichts, was mit der 1991 existierenden Ukraine selbstständig gewordenen Ukraine begonnen hätte. Ganz und gar nicht. Die kämpferische Auseinandersetzung um ukrainische Identität, die ist gut 150 Jahre alt. Die galizischen und die westukrainischen Ukrainer-Intellektuellen hatten davon ganz andere Vorstellungen als die im Osten und im Süden des Landes. Dieser Streit ist nie wirklich beigelegt worden. In den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts hat der einflussreiche Ideologe Dimitrow eine Strategie entwickelt, wie man das Land leichter einigen könne, und kam zu der Erkenntnis, dass es hilft, Spannungen zu erzeugen und die auch beizubehalten. Auf diese Strategie beruft sich jetzt die extreme Rechte in der Ukraine und auf die Schrecken des Krieges. Die führen durchaus dazu, dass ursprünglich prorussische Bevölkerungsteile sich von Russland abwenden. Aber die unterschiedlich ausgeprägten Identitäten, die werden nach dem Krieg wieder auftauchen, eben weil sie politisch nicht berücksichtigt werden. Der Ausweg kann nur darin bestehen, dass die Ukrainer in ihrer Gesamtheit erkennen, dass verschiedene Identitäten innerhalb der Ukraine legitim sind. Professor Petrow ist nicht der Einzige, der in dieser fehlenden ukrainischen gemeinsamen Identität den Nährboden für das Gezerre um die Ukraine sieht. Hätte es diese gemeinsame Identität gegeben bzw. würde es sie geben, dann hätten weder Russland noch die EU mit ihrem Assoziierungsabkommen die Chance gehabt, das Land auf eine Seite zu ziehen. Die Ukraine hätte ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West, von der sie letztlich immer profitiert hat, erhalten können. Der grundlegende ukrainische Fehler besteht darin, diesem Gebilde, dem eine staatliche Kontinuität fehlt, keine föderale Struktur gegeben zu haben und auch weiterhin nicht geben zu wollen. Das haben einige ukrainische Präsidenten in der Vergangenheit durchaus versucht, sind aber immer von nationalistischen Kräften im Westen des Landes gebremst worden. Das lässt sich im Einzelnen beweisen und

belegen und ist eben leider keine russische Propaganda. Die extreme Rechte in der Ukraine spielt eine maßgebliche Rolle im öffentlichen Diskurs, und das, obwohl sie im Parlament nicht besonders stark vertreten ist. Das ist ja oft das Argument derjenigen, die das alles für aus der Luft gegriffen und für Propaganda halten. Aber die extreme Rechte gehört zur vorherrschenden intellektuellen Elite und bestimmt so den Ton in der Politik. Selenski hat es mit einem Verwaltungsapparat zu tun, der die harte Rhetorik der extremen Rechten ganz offen und ungeniert aufgreift, wie Nikolaj Petrov das formuliert. Es ist vermutlich mehr als ein Gerücht, dass Selenski von Beginn des Krieges an unter massivem Druck stand, sich auf keinen Fall auf Verhandlungen mit Russland einzulassen, inklusive handfester Morddrohungen, sollten die USA irgendwann den Zeitpunkt für Verhandlungen gekommen sehen; denn natürlich läuft in dieser Angelegenheit gar nichts ohne Washington. Dann werden sie Selenski vor den eigenen Leuten beschützen müssen. Also verfahrenere könnte die Situation gar nicht sein.

Und es gipfelt in der politischen Agenda der westlichen Wertegemeinschaft, die eine Koalition aller Demokratien gegen die Autokratien dieser Welt schmieden will, also Konfrontation. Als ob die Zeit der Ost-West-Konfrontation nicht gezeigt hätte, dass Konfrontation nichts bringt außer hohen Kosten und ebensolchen Risiken. Die Diskussionen in Politik und Medien drehen sich in erster Linie um Effizienz und Durchschlagskraft von Waffensystemen. Man kann den Eindruck bekommen, als grenzte es an Verrat, Diplomatie ernsthaft und nicht nur als Worthülse ins Spiel zu bringen. Dabei ist Verhandeln, Vermitteln, Diplomatie eben doch das Kerngeschäft von Politik. Es reicht nicht, einen militärischen Plan zu haben. Ein politischer Plan ist das Entscheidende. Und der fehlt. Es wird in Kategorien von Sieg und Niederlage gedacht und argumentiert. Es wird von wertegeleiteter Außenpolitik gesprochen, die offenbar kein Problem damit hat, die zivilen Opfer je nach Täter als Kriegsverbrechen oder Kollateralschaden zu verbuchen.

Die Basis eines politischen Plans muss die Antwort auf folgende Frage sein: Ist Russland auf einem expansionistischen Kurs, bei dem die Ukraine nur den Anfang darstellt? Oder ging und geht es Russland um eine funktionierende Sicherheitsarchitektur? Darüber kann und muss man streiten. Aber für diesen seriösen Streit gibt es keinen Raum. Im Gegenteil. Die gängige Lesart ist klar: Die sogenannten Entspannungspolitiker der früheren Jahre tragen eine Mitschuld am Krieg in der Ukraine. Man kann das natürlich auch umdrehen. Hätten sich die Entspannungspolitiker mit ihrer Politik durchsetzen können, dann hätte es diesen Krieg nie gegeben. Stichwort NATO-Osterweiterung, Geltung von

Abrüstungsverträgen zum Beispiel. Um über diese Dinge substanziell zu streiten, zu diskutieren, ist es nötig, belastbare Grundlagen zu liefern. Sowohl in den Medien als auch in der Wissenschaft. Es ist nötig, auch wenn es schwerfällt, politische Analyse nicht durch Moral ersetzen zu wollen. Es ist nötig, Wissenschaft und Aktionismus auseinanderzuhalten und denjenigen Einhalt zu gebieten, die ihre persönlichen Ansichten mit dem Gütesiegel von Wissenschaftlichkeit versehen, obwohl sie selbst in dieser Angelegenheit nie geforscht und gearbeitet haben. Es ist nötig, die Räume zu schaffen, in denen um die beste und die praktikable Lösung gestritten werden kann. Das ist ja durchaus nicht immer identisch, das Beste und das Praktikable, leider. Aber dazu ist es nötig, wieder mit dem Begriff Respekt zu operieren. Seinem Gegenüber bis zum Ende des Gedankens zuzuhören, selbst wenn man sich nicht leiden kann. Mit Engagement überzeugen zu wollen, aber eben auch die innere Bereitschaft und die Größe zu haben, sich selbst überzeugen zu lassen. Margot Friedländer, die fast schon legendäre Überlebende des Holocaust, mittlerweile 102 Jahre alt, hat einmal gesagt: Du kannst nicht jeden Menschen lieben, aber du kannst jeden Menschen respektieren. Und wenn die das sagt, dann hat das eine ganz besondere Wucht und Bedeutung und ist dramaturgisch untermalt.

Fakt ist, dass bei nahezu allen Konflikten und Kriegen auf unserem Planeten mehr als zwei Kontrahenten die Finger im Spiel haben. Also, wenn wir davon ausgehen, dass bei Konflikten und Kriegen mehr als zwei Kontrahenten die Finger im Spiel haben, dann ist es natürlich besonders wichtig, Zusammenhängen auf die Spur zu kommen. Man muss Zusammenhänge kennen, um zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Und dann empfiehlt es sich, die jeweiligen Interessen herauszufinden und zu benennen. Das ist meist um ein Vielfaches komplizierter, als es auf den ersten Blick scheint. Es gibt nämlich nicht „die Amerikaner“ oder „die Europäer“, die noch viel weniger. In den USA zeigt sich, dass sich die Kräfte, die das leidige Thema Ukraine abhaken möchten, verstärkt zu Wort melden, wobei die Hardliner eher bei Blinken im Außenministerium sitzen, also bei den Zivilisten, und die mehr Verhandlungsbereiten ausgerechnet im Verteidigungsministerium. Wofür das wohl spricht? Uns in Europa sollte jedenfalls klar sein, dass es den Blickwinkel verändert, wenn sich zwischen dem eigenen Land und dem Kriegsgebiet ein breiter Ozean befindet und dass sich die außenpolitischen Entscheidungen der immer noch stärksten Macht der Welt durchaus an deren innenpolitischen Überlegungen orientieren, schon gar in Vorwahlzeiten wie diesen. Und die Ukraine wäre nicht das erste Land, aus dem sich die USA überhastet zurückziehen.

Das Interesse des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes ist klar. An bessere Zeiten kann man sich kaum erinnern. Ein lang andauernder Abnutzungskrieg ist einfach ein gutes Geschäft mit dem erfreulichen Nebeneffekt, dass Russland geschwächt wird. Waffenstillstand oder gar Friedensverhandlungen stehen da nicht an erster Stelle. Das Problem in Europa besteht darin, dass es trotz aller beschworenen Gemeinsamkeit keine geschlossene europäische Außenpolitik gibt, schon gar nicht gegenüber Russland. Aus meiner Sicht war es ein großer Fehler, dass man in der EU immer mehr denjenigen Ländern das Sagen in der europäischen Außenpolitik überlassen hat, die noch offene Rechnungen mit Moskau haben. Für Länder wie Polen oder die baltischen Staaten ist Moskau nach wie vor ein Synonym für Sowjetunion und schlimme Erinnerungen an sowjetische Zeiten. Das ist menschlich verständlich, aber so macht man keine zukunftsorientierte Friedenspolitik. Das hätte der EU vielleicht früher auffallen sollen. Jedenfalls ist es in der EU nicht gelungen, den historisch verständlichen Ängsten Polens, Estlands, Lettlands, Litauens und den historisch verständlichen Ängsten Russlands – da genügt ein Blick auf die Landkarte und ein Blick in die Geschichte, um deren Ängste zu verstehen – mit einer konstruktiven Politik zu begegnen, die Interessenausgleich und Friedenssicherung als Ziel hat.

Wir haben uns durch die Aufnahme osteuropäischer Länder, grundsätzlich eine super Idee, aber deren Probleme ins Bündnis geholt. Und in der NATO haben wir genau das Gleiche. Es ist ein Jammer, dass sich die EU ihr ursprünglich recht gutes Verhältnis mit Russland dadurch nachhaltig ruiniert hat. Weiter: Mit den Interessen sowohl in der Ukraine als auch in Russland müsste das Interesse eigentlich sein, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden. Jeden Tag sterben dort Menschen, wie viele genau, erfahren wir überhaupt nicht. Brutale Zwangsrekrutierungen, die gibt es sowohl in Russland als auch in der Ukraine. So etwas wie Kriegsmüdigkeit – ein perverser Begriff, wie ich finde – ist mittlerweile auch in der Ukraine zu spüren. Die Berichterstattung darüber muss man allerdings mit der Lupe suchen. Ich denke manchmal, manche kalten Krieger bei uns sollten mal darüber nachdenken, ob sie ihr Russen-Feindbild nicht auf dem Rücken von Ukrainern ausleben, ohne Rücksicht darauf, was das für sie bedeutet, das bis zum Schluss durchzuhalten. Sowohl auf der ukrainischen als auch auf der russischen Seite sitzen den jeweiligen Präsidenten Hardliner im Nacken, die nichts akzeptieren werden, was mit Gesichtsverlust verbunden sein könnte. Das heißt in der Konsequenz, Selenski wird auf keinen Zentimeter ukrainischen Territoriums verzichten, inklusive Krim. Putin wird die Krim auf keinen Fall zurückgeben, genauso wenig wie die besetzten Gebiete. Und gerade deshalb

wäre so ein Friedensplan, wie die Chinesen ihn vorgelegt haben, gar nicht so falsch. Denn China bezieht sich darin nicht nur auf diverse UN-Resolutionen, in denen es ja heißt, dass Verhandlungen möglichst bald aufgenommen werden sollen, sondern China spricht von „resume talks“, also Gespräche wieder aufnehmen. Und zwar an dem Punkt, an dem man Anfang April 2022 aufgehört hat, weil Boris Johnson meinte, das sei nicht im Interesse der westlichen Staatengemeinschaft. Da liegt ja was auf dem Tisch.

Da gibt es ja was, wo man anknüpfen kann, ohne sich mit den jetzt von beiden Seiten vorgetragenen Maximalforderungen herumschlagen zu müssen. Aber wird darüber medial oder politisch ernsthaft debattiert? Nein, denn was kann aus China schon Vernünftiges kommen? Ich habe den Eindruck, dass sich die Mehrheit in unserer Gesellschaft, schon gar die schweigende, weniger Kriegsrhetorik und mehr diplomatische Ansätze wünscht. Dass sie nichts von diesen Ausschluss- und Verweigerungspraktiken hält, nach dem Motto: Man kann erst reden, wenn diese oder jene Vorbedingung erfüllt ist. Menschen haben in der Regel ein feines Gespür für Symbolpolitik und wünschen sich eher konstruktive Aktivitäten als Verweigerung. Das ist zumindest mein Eindruck.

Der Gedanke über Interessen, den ich auf keinen Fall unterschlagen möchte, ist der folgende: Seit 100 Jahren, circa 100 Jahren, ist es das erklärte Ziel der USA, eine enge Zusammenarbeit auf dem eurasischen Kontinent zu verhindern. Das ist keine Verschwörungstheorie, sondern in offiziellen Papieren nachzulesen. Aus Sicht der USA ist das ein völlig legitimes Ziel. Dass sie professionell, wie meistens, nun auch erreicht haben. Der Krieg ist ein gigantisches Wirtschaftsförderprogramm. Nebenbei: Im Gegensatz zu Deutschland und meines Wissens auch den meisten Ländern der EU verschenken die USA ihre Waffen nicht, sondern sie leasen sie. Und für einen Teil übernimmt die EU die Kosten. Und die USA werden endlich in Mengen ihr teures und umweltschädliches Fracking-Gas los. Es wird Zeit, europäische Interessen zu definieren. Schwer genug – aber für Europa lebensnotwendig. Denn um uns herum bilden sich neue Allianzen von Ländern, die die europäisch-amerikanische Bevormundung satt haben und eigenes Selbstbewusstsein entwickeln. Nur jemand mit eurozentristischem Blick und einer gewissen Arroganz kann behaupten, dass Russland isoliert sei. Der Kollege Gabor Steingart, der geht sogar noch einen Schritt weiter. Der hat gesagt, Russland ist nach dem Überfall auf die Ukraine nicht der Paria der internationalen Gemeinschaft geworden, sondern das neue antiwestliche Rollenmodell.

Jetzt werden Weichen gestellt mit weitreichenden Konsequenzen. In einer Demokratie, die diesen

Namen verdient, muss darüber offen und angstfrei debattiert werden. Dazu passt eine Aussage von Alfred de Zayas, US-amerikanischer Völkerrechtler und ehemaliger UN-Beamter im Menschenrechtsrat und da zuständig gewesen für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. Er hat gesagt: Sowohl Amerikaner wie auch Europäer haben kein Recht, das Überleben des Planeten wegen einer innereuropäischen Querele aufs Spiel zu setzen. Für den durchschnittlichen Afrikaner, Asiaten oder Lateinamerikaner ist es völlig unerheblich, ob die Krim zu Russland oder zur Ukraine gehört. Darüber dürfe sich niemals ein Atomkrieg entfachen. Zur Blickwinkel-Erweiterung gehört eben auch, sich klarzumachen, wie viele Millionen und Milliarden Menschen in anderen Teilen der Welt sitzen mit völlig anderen Interessen, und nicht so zu tun, als hätten wir – was immer das genau ist – die Deutungshoheit über globale Prozesse.

Ich würde mir wünschen, dass junge Menschen, die mit ihrem Engagement im Kampf gegen den Klimawandel Gesellschaften weltweit aufgerüttelt haben, dass die das Thema Frieden entdecken und sich dafür mit der gleichen Kraft einsetzen. Über die Meinungen, wie man das am besten macht, kann und muss gestritten werden. Mündige Bürger sind in einer Demokratie systemrelevant. Eigentlich auch so eine abhandlungskommene Selbstverständlichkeit, sonst hätte Deutschland die Bildung nicht so vernachlässigt. Ein mündiger

3. Staatsräson und Schuldabwehr oder die Erfindung des „israelbezogenen Antisemitismus“ *Vortrag von Karin Wetterau*

Der vor vielen Wochen für den Vortrag festgelegte Arbeitstitel *Staatsräson und Schuldabwehr oder die Erfindung des israelbezogenen Antisemitismus als Kampfbegriff* kam mir in der Zwischenzeit polemisch und überpointiert vor, wenig geeignet den notwendigen rationalen Diskurs über die Irrationalismen und Untiefen beim Thema Antisemitismus und zum Spannungsdreieck Israel-Palästina und deutscher Staatsräson zu führen. Vorhandene Gräben würden möglicherweise eher vertieft, als dass gedankliche Brücken geschlagen würden. Eine sachorientierte, ergebnisoffene Kontroverse zu diesem Themenfeld ist in Deutschland allerdings schon lange nicht mehr möglich. Wenn der israelische Historiker Natan Sznajder beklagt, die Debatten seien geprägt von einem Klima des gegenseitigen Verdachts, dass das Gesagte nicht das Gemeinte

Bürger muss in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen, die Konsequenzen seiner Entscheidung zu überblicken und dafür dann die Verantwortung zu übernehmen. Wenn das nicht der Fall ist, dann taugt die Demokratie nicht viel. Die Voraussetzung dafür, fundierte Entscheidungen treffen zu können, ist, so umfassend wie möglich informiert zu sein, über Hintergründe Bescheid zu wissen, Zusammenhänge zu erkennen. Das ist anstrengend und das ist mühsam. Niemand hat behauptet, dass Demokratie eine bequeme Angelegenheit ist. Inhaltliche Auseinandersetzung mit faktenbasierten Meinungen, streitbare, respektvolle Debatten um die besten Lösungen. Darum geht es. Um nicht mehr, aber auch um nicht weniger. Und schließen möchte ich mit diesem Gedanken: Journalisten sind mit ihrer Arbeit nicht dafür verantwortlich, Frieden zu erhalten, weder den inneren noch den äußeren. Aber ihnen sollte schon klar sein, dass sie mit ihrer Arbeit dazu beitragen können, Frieden zu gefährden, sowohl den inneren als auch den äußeren. Und vielleicht muss man das dem einen oder anderen freundlich und respektvoll, aber nachdrücklich klarmachen. Es hängt einfach zu viel davon ab.

Ich danke, dass Sie mir so lange zugehört haben. Vielen Dank.

ist – dass Kritik an Israel nur ein Vorwand ist, um antisemitische Ideen oder Gefühle zu artikulieren¹ und umgekehrt, dass Antisemitismusvorwürfe nur erhoben werden, um Israel gegenüber berechtigter Kritik zu immunisieren, ist das eine sehr zurückhaltende Umschreibung der Situation: Auf vermintem Gelände findet seit Jahren ein völlig asymmetrischer Stellungskrieg statt, in dem die eine Seite, munitioniert mit allen staatlichen und medialen Macht- und Sanktionsmitteln, die Meinungskorridore zu schließen oder zu manipulieren versucht, während die andere Seite in unermüdlichem zivilgesellschaftlichem Engagement Fakten auf Fakten türmt und auf die Überzeugungskraft des besseren Arguments hofft. Bisher ohne nennenswerten Erfolg. Mit den Ereignissen des 7. Oktobers wurden solche Bedenken von einer Sekunde zur anderen über den Haufen geworfen. Entsetzen, Schock,

¹ Christian Heilbronn, Doron Rabinovici, Natan Sznajder (Hg.). *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp 2019. S. 12

Sprachlosigkeit! Was lässt sich in dieser Situation sagen, was nicht heillos über den Zivilisationsbruch, das grausame Massaker, das Verbrechen der Hamas, hinwegreden und es damit relativieren würde. Aber fast im selben Moment das Entsetzen über den unmittelbar danach von israelischer Seite angekündigten und inzwischen in aller Härte stattfindenden Rache- und Vergeltungsschlag, der so nicht genannt werden darf. Auch ein „Aber“ ist nicht erlaubt. Denn ohne „Wenn und Aber“ handele es sich um Israels Recht auf Selbstverteidigung und die deutsche Geschichte gebiete es, loyal an der Seite Israels zu stehen. Israel sei nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, seine Bürger:innen zu schützen.

Mit allen Mitteln? Gibt es keine völkerrechtlichen und humanitären Grenzen?

Man müsse Israel freie Hand lassen, erklärt der SPD-Außenpolitiker Michael Roth. Ratschläge zu erteilen oder gar Ermahnungen auszusprechen stehe Deutschland aufgrund seiner NS-Verbrechensgeschichte nicht zu und sei auch gänzlich unnötig, da die einzige Demokratie im Nahen Osten das Völkerrecht ohnehin einhalten werde. Davon jedenfalls zeigt sich der deutsche Bundeskanzler im Gegensatz zur Mehrheit der bundesdeutschen Öffentlichkeit überzeugt. Was ist das: Blindheit, Hohn, Verachtung der Opfer?

Dass israelische Regierungspolitiker und hochrangige israelische Militärs einen genozidalen „totalen Krieg“ gegen „entmenschlichte Tiere“ ausrufen, stört im politischen Berlin offenbar niemanden. Auch medial werden keinerlei Assoziationen und historische Erinnerungen an die „dunkelste Zeit unserer deutschen Geschichte“ wach. „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Die Lehren aus unserer Geschichte werden darauf reduziert, dass Jüdinnen und Juden nie wieder Opfer sein dürfen. Wer wollte dem widersprechen? Aber es geht darum – „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ –, dass wehrlose Menschen nie wieder Opfer staatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt werden. Es geht um die universale Gültigkeit der Menschenrechte und um den Wert menschlichen Lebens, unabhängig von seiner Identität.

Netanjahu will Gaza zu einer „Insel von Ruinen“ machen, und seine Minister drohen: „Ihr wolltet die Hölle, ihr kriegt die Hölle!“ und fordern: „Lösch die Familien aus, ihre Mütter und Kinder! Diese Tiere dürfen nicht länger leben!“ Im deutschen Fernsehen wird eine beispiellose „menschliche Kälte“ gegenüber den jüdischen Opfern der Hamas beklagt, wenn zum

Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung, palästinensischer Mütter und Kinder Forderungen nach einer Waffenruhe erhoben werden. Humanitäre Hilfe für palästinensische Menschen? Fehlanzeige! Menschliche Anteilnahme für palästinensisches Leid? Nichts als „Israelhass“ und verkappter Antisemitismus! Währenddessen demonstriert ein ehemaliger FDP-Bundesminister ungestraft und unwidersprochen, wie man sich menschliche Wärme im Sinne der deutschen Staatsräson vorstellen darf. Er freut sich über einen Riesenparkplatz am Mittelmeer auf dem Boden des plattgewalzten und von Palästinensern befreiten Gazastreifens.

„Dieser Krieg hat alle Regeln hinweggefegt“, sagt der Völkerrechtler Norman Paech. Und das gilt nicht nur für das Völker- und Menschenrecht, die Kriegsverbrechen als solche, sondern auch für das Sprechen oder das Schweigen darüber.

Angela Merkel hat bekanntlich Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson erklärt. Gelegentlich hat sie aber auch darauf hingewiesen, dass nicht immer Einigkeit herrsche über den Weg. Spätestens der 7. Oktober hat auf erschreckende Weise deutlich gemacht, dass dieser Weg Sicherheit nicht garantieren kann und nur moralische und politische Sackgassen kennt. Allen forcierten Sicherheitsmaßnahmen und hochmodernen Überwachungssystemen zum Trotz gab es über Stunden keinen militärischen Schutz, sondern das, was die israelische Soziologin Eva Illouz die „tiefste Verletzung der jüdischen Psyche seit dem 2. Weltkrieg“ nennt.

Eva Illouz ist eine der prominentesten kritischen Stimmen des linksliberalen Israel, die unter anderem den Aufruf der „Initiative Weltoffenheit, GG 5.3“ für Kunst- und Gedankenfreiheit in Deutschland unterzeichnet hat. Sie versteht sich als Zionistin und ist Gegnerin der BDS-Bewegung, hat sich aber nach eigenem Bekunden – wie viele liberale Jüdinnen und Juden – in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder „auf die Seite der Palästinenser geschlagen und gegen die Forderung der israelischen Regierung und messianischer Juden protestiert, gegen die ungleiche Behandlung von Juden und Arabern in der israelischen Gesellschaft und gegen die kritiklose Loyalität rechtsgerichteter Juden in der Diaspora angesichts von Netanjahus gefährlicher Politik“.²

Sie erklärt nicht, warum und für wen sie Netanjahus Politik für gefährlich hält und ob diese Politik einen Anteil an der jetzigen Katastrophe haben könnte. Sie

² Eva Illouz. *Wir, die Linken? Nicht mehr*. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.10.2023

argumentiert nicht politisch und kontextbezogen, sondern einseitig moralisierend. Der 7. Oktober habe Juden „den Boden unter den Füßen weggerissen“ und „israelkritische Linke“ hätten „terrorisierte Juden schamlos im Stich gelassen“. Postkoloniale und antikapitalistische Stimmen hätten das Massaker sogar als „Widerstand gegen die Besatzer“ gefeiert – in der Tat eine verheerende moralische und politische Bankrotterklärung. Wenn Illouz jedoch alle Versuche, den rasenden „Antisemitismus auf Weltniveau“ historisch zu kontextualisieren, um ihn zu begreifen, als verwerfliche „Vernebelungsstrategie“ ablehnt, stimmt sie in den Chor derer ein, die jede pro-palästinensische Stimme als antisemitischen Verdachtsfall einstufen und mundtot zu machen versuchen.

Betroffen beispielsweise der UN-Generalsekretär Guterres und seine Rede vor den Vereinten Nationen oder der Philosoph Slavoj Žižek auf der Frankfurter Buchmesse, der mehrmals vom Antisemitismusbeauftragten des Landes Hessen harsch unterbrochen, wenn auch nicht abgebrochen wurde. Wie andere weisen Žižek und Guterres darauf hin, der Terror der Hamas habe nicht in einem luftleeren Raum stattgefunden, sondern sei Teil eines fast hundertjährigen ungelösten Dauerkonflikts. Die Friedens- und Konfliktforscherin Florence Gaub findet dafür die Metapher eines „Schimmelpilzes“, der sich auf den „gärenden Joghurt“ aufgesetzt habe. Aber um Differenzierung und Kontextualisierung bemühte oder einfach nur moralisch empörte „Andersdenkende“ werden umstandslos mit Antisemitismusvorwürfen traktiert. Seien es Greta Thunberg und die schwedische Sektion von FFF oder internationale Politiker und Staatschefs, die sich für einen sofortigen Waffenstillstand aussprechen.

„In welcher Welt leben Sie!“, herrscht der israelische Außenminister den UN-Generalsekretär an, und der israelische UN-Botschafter Gilan Erdan fordert Guterres' sofortigen Rücktritt. In welcher Vorstellungswelt leben israelische Politiker, wenn sie glauben, der brutale Überfall und die Gräueltaten der Hamas rechtfertigten jede Form der Vergeltung, einschließlich des Todes und der Vertreibung von Hunderttausenden unbeteiligter Zivilisten, von denen mehr als die Hälfte Kinder sind. In welcher Vorstellungswelt leben die, denen zur offenen Androhung des Völkermords durch faschistische Minister der israelischen Regierung nichts anderes einfällt als die Quadratur des Kreises zwischen israelischer Selbstverteidigung und humanitärer Verpflichtung, um sich dann „wertebasiert“ für vermeintliche israelische Sicherheit versus Menschen- und Völkerrecht zu entscheiden. Und in welcher Welt leben die, die den Gedanken nicht zulassen, die Gewaltexplosion könnte auch das Ergebnis einer verfehlten israelischen Konfrontations- und Sicherheitspolitik

und der seit Jahrzehnten andauernden Unterdrückung und Besatzung sein.

Auch wenn Terror der Hamas durch keinen historischen Kontext gerechtfertigt und nicht einmal angemessen erklärt werden kann, denn die Hamas steht in einer anderen Tradition als die von Israel in der Vergangenheit ausgeschalteten palästinensischen Befreiungsbewegungen, so bleibt doch zu fragen, welchen Anteil die israelische Politik am Erstarken der Hamas hat und welche Rolle dabei das fortgesetzte Unrecht in den besetzten Gebieten, die illegale Ausdehnung israelischer Siedlungsgebiete, die tägliche, ungeahndete Siedlergewalt, die von den faschistischen Ministern angefeuerten Pogrome – kurz die Perspektivlosigkeit und die Leidenserfahrung des palästinensischen Volkes der letzten acht Jahrzehnte beim Ausbruch der Gewalt spielen. Wer sich diesen substanziellen Fragen nicht stellt und meint, sie moralisierend als antisemitisch diskreditieren und damit aus dem Diskurs ausschalten zu können, begreift zum einen nicht, dass Realerfahrungen sich weder verbieten noch paternalistisch umdeuten lassen, und verwechselt zum anderen Bigotterie mit politischer Strategie.

Es ist schwierig, in dieser aufgeheizten Situation zu einer analytischen Distanz zu finden, die nicht gleichzeitig in Empathielosigkeit für die eine oder andere Seite kippt. Ausgehend von einem der zahllosen offenen Brandbriefe soll im Folgenden

erstens noch einmal vergegenwärtigt werden, wie Unmissverständliches gezielt missverstanden wird beziehungsweise Diskurse bedroht, behindert oder verhindert werden.

Zweitens soll mit einer knappen Skizze und einer Momentaufnahme der wechselvollen deutsch-israelischen Beziehungen gezeigt werden, dass die deutsche Staatsräson keineswegs so alternativlos gewesen ist, wie zu behaupten es heute zur Staatsräson geworden ist.

Drittens soll gefragt werden, ob die gegenwärtigen strategischen Sackgassen und moralischen Dilemmata in der Idee des staatsbildenden Zionismus selbst angelegt sein könnten.

Abschließend soll ein Blick auf aktuelle Antisemitismusdebatten geworfen werden, die vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ereignisse eigentümlich blass und akademisch daherkommen, andererseits aber eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft entfalten und möglicherweise das Problem verschärfen, das zu bekämpfen sie vorgeben.

1. Offener Brief

Nach einer Woche sprachlosen Entsetzens wird am 19. Oktober in der international einflussreichsten Kunstzeitschrift *artforum* ein Offener Brief veröffentlicht, in dem die Unterzeichner:innen ein Ende der Gewalt gegen alle unbeteiligten Zivilisten fordern und der internationalen Gemeinschaft Tatenlosigkeit angesichts der beispiellosen humanitären Katastrophe im Gazastreifen vorwerfen. Umstandslos erfolgt die Retourkutsche, die Unterzeichner:innen brächten ausschließlich Mitgefühl für die vertriebenen Palästinenser auf und würden zum Tod jüdischer Zivilisten schweigen. Wörtlich heißt es im Offenen Brief:

„Wir unterstützen die Befreiung der Palästinenser und fordern ein Ende des Tötens und Verletzens von Zivilisten. [...] Wir fordern, dass das institutionelle Schweigen über die anhaltende humanitäre Krise, der 2,3 Millionen Palästinenser im besetzten und belagerten Gazastreifen ausgesetzt sind, sofort abgebrochen wird [...] und fordern unsere Regierungen auf, einen sofortigen Waffenstillstand und die Öffnung der Grenzübergänge zum Gazastreifen zu fordern, damit humanitäre Hilfe ungehindert einreisen kann.“ Außerdem gäbe es *„zahlreiche Beweise dafür, dass wir Zeugen eines Völkermords sind, bei dem das ohnehin schon prekäre Leben der Palästinenser als unwürdig für Hilfe, geschweige denn für Menschenrechte und Gerechtigkeit angesehen wird. [...] Wir, die Unterzeichnenden, lehnen Gewalt gegen alle [Herv. v. mir] Zivilisten, ungeachtet ihrer Identität, ab und fordern die Beendigung der eigentlichen Ursachen der Gewalt: Unterdrückung und Besatzung.“*³

In nicht zu überbietendem Zynismus erklärt die Jüdische Allgemeine daraufhin, es wäre besser gewesen, die Unterzeichner:innen hätten ihre Stimme nicht wiedergefunden. Sie triefe vor „Israelhass“ und sei das Ergebnis eines „antiisraelischen Konformitätsdrucks“, der inzwischen schleichend den gesamten Kulturbetrieb durchdrungen habe, wie schon „vulgäantisemitischer Agitprop“ auf der Documenta 15 überdeutlich gemacht habe. Reitend auf einer „postkolonialen Ideologiewelle“ sei Antisemitismus unter den kulturellen Eliten inzwischen salonfähig geworden. Man liebe es, Israel zu hassen, „Lifestyle-Antisemitismus“ im Kulturbetrieb. In vorausseilendem Gehorsam entlässt *artforum* den zuständigen Chefredakteur. Der erklärt in der *New York Times*, er bedaure nichts, sondern sei im Gegenteil „enttäuscht, dass ein Magazin, das immer

für Meinungsfreiheit einstand, [...] dem Druck von außen nachgegeben hat.“ Prominente Mitunterzeichner:innen erklären, fortan nicht mehr mit *artforum* zusammenarbeiten zu wollen. Denn noch nie hätten sie in Sachen Meinungsfreiheit „eine beängstigendere Zeit erlebt. Menschen werden auf die schwarze Liste gesetzt. Menschen verlieren ihre Arbeit.“⁴

Auch wenn der Job-Verlust angesichts des Kriegselends marginal erscheinen mag, so ist er doch bezeichnend für die atemlosen und hysterischen Hexenjagden auf Kritiker:innen der israelischen Politik. Die bedingungslose Loyalität des politischen und medialen Mainstreams in Deutschland selbst gegenüber einer rechtsextremen und in Teilen offen faschistischen Regierung könnte das Gegenteil von dem bewirken, was die Apologeten Israels möchten. Militärische Stärke nach außen und rigide Meinungskontrolle nach innen können auf Dauer Sicherheit nicht garantieren, sie höhlen hier wie dort die Demokratie aus und installieren „Apartheid für immer“⁵.

2. Deutsch-israelische Beziehungen

Die NS-Verbrechensgeschichte und der von Deutschen verübte Holocaust, in dessen Folge der israelische Staat gegründet wurde und gleichzeitig die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung Flucht und Vertreibung ausgesetzt wurde, konstituiert eine besondere Beziehung und eine besondere historische Verantwortung. Wie sie auszufüllen ist, war und ist umstritten. Im Laufe der letzten 75 Jahre hat es drastische Wendungen gegeben, die stets von einem Kampf um Deutungshoheit und Definitionsmacht und sich wandelnde erinnerungskulturelle und vergangenheitspolitische Diskurse flankiert und überwölbt wurde. Der deutsch-israelische Historiker Dan Diener hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, über den Nahost-Konflikt so zu sprechen, als gäbe es keinen Antisemitismus, und über Antisemitismus so, als gäbe es keinen Nahost-Konflikt. Aber diese analytische Trennung ist weniger denn je möglich. In verschärfter Form gilt vielmehr, was der australische Genozidforscher Dirk Moses in polemischer Zuspitzung und für viele unerträglich provokant auf den Punkt gebracht und als „deutschen Katechismus“ unumstößlicher Regeln und Tabus bezeichnet hat. Zu diesen Regeln gehören die Unvergleichlichkeit und Singularität der jüdischen Leidensgeschichte und des Holocaust und eine daraus resultierende unbedingte Loyalität gegenüber Israel als jüdischem Staat. Auf der Zeitachse der deutsch-

³ Offener Brief. *Künstlerinnen und Künstler fordern Ende von Gewalt gegen palästinensische Zivilisten*. In: Monopol vom 20.10.2023

⁴ Offener Brief zum Nahostkonflikt. *Warum artforum seinen Chefredakteur entlässt*. In: Monopol vom 28.10.2023

⁵ So der israelische Journalist Gideon Levy im ARD-Interview mit Ingo Zamperoni am 07.11.2023

israelischen Beziehungen nimmt dies jedoch den geringsten Raum ein. Die mit Abstand längste Strecke belegt eine vier bis fünf Jahrzehnte währende hegemoniale Unkultur des Vergessens und Verdrängens.

Bis Ende der 1980er Jahre dominierte eine Schlussstrichmentalität, wie sie heute in rechtsradikalen Milieus fortlebt und damals den Nährboden bildete für „Jugendsünden“ wie das antisemitische Flugblatt eines jungen Hubert Aiwanger. Nur allmählich und gegen massive Widerstände konnte eine Geschichtsbewegung von unten und eine neue Generation von Historiker:innen das etablieren, was heute als unsere Erinnerungskultur gefeiert wird.

Die Setzung des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck, es gäbe keine deutsche Identität ohne Auschwitz, wie das Postulat einer deutschen Staatsräson sind beide recht jungen Datums. Gauck hält seine Rede siebzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, während bundesdeutsche Politiker aus demselben politischen Spektrum noch bis in die 1980er Jahre lautstark erklären, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen. Eine „normale nationale Identität“ sei damit unvereinbar.

Merkel hält ihre Rede zum 60. Jahrestag der israelischen Staatsgründung. Deutsche Staatsräson, falls man an diesem vordemokratischen Begriff festhalten möchte, folgte lange Zeit anderen, wenn nicht entgegengesetzten Interessen. Fast zwanzig Jahre wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel verzögert, da man im Zuge des Kalten Krieges befürchtete, die arabischen Staaten würden im Gegenzug die DDR anerkennen. Auch die schon früh, Anfang der 1950er Jahre, eingeleiteten Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel galten weniger dem Abtragen der deutschen Schuld als vielmehr der Rehabilitierung Deutschlands innerhalb der internationalen Gemeinschaft und der Wiedergewinnung der nationalen Souveränität. Widerstände in den eigenen Reihen überwand Kanzler Adenauer bezeichnenderweise mit dem Verweis auf den jüdischen Einfluss auf die amerikanische und internationale Politik – ein antisemitischer Topos, der durchschlagenden Erfolg erzielte.

Anders ausgerichtet und alles andere als konfliktfrei gestaltete sich die Israel- und Nahost-Politik der sozial-liberalen Koalition bis Anfang der 1980er Jahre. Von israelischer Seite wurde beklagt, Deutschland käme seinen aus dem Holocaust abgeleiteten Verpflichtungen nicht nach. Während eines Kongresses der Sozialistischen Internationale hatte beispielsweise

Ex-Kanzler Willy Brandt an Gesprächen mit PLO-Führer Jassir Arafat teilgenommen, aber Israel keinen Staatsbesuch abgestattet. Und Helmut Schmidt wurde das Diktum unterstellt, er reise nicht als wandelnde Aktion Sühnezeichen nach Israel. Stattdessen unterhielt er enge Beziehungen zu arabischen Staaten, bei denen es um Öllieferungen und auch um Waffengeschäfte ging. Und, was die israelische Seite besonders aufbrachte: Er betonte das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einschließlich des Rechts zur „staatlichen Selbstorganisation“. Explizit postulierte er eine moralische Verpflichtung, diese Rechte der Palästinenser auch durchzusetzen. Als Verursacher des Holocaust müssten die Deutschen auch die politische Verantwortung für das Unrecht übernehmen, das den Palästinensern im Zuge der israelischen Staatsgründung angetan worden sei. Begin, der damalige israelische Ministerpräsident, konterte scharf: Es sei eine Frechheit zu behaupten, Deutschland habe eine Schuld gegenüber den Arabern und er drohte unter Anspielung auf Schmidts Rolle als Wehrmachtsoffizier, man werde solche „antisemitischen Rowdies“ wie den Bundeskanzler aus Deutschland entführen lassen wie 20 Jahre zuvor Adolf Eichmann aus Argentinien.⁶

Das hat bekanntlich nicht stattgefunden, aber die Lesart des Nahost-Konflikts als Antisemitismuskonflikt und die Deutung pro-palästinensischer Positionen als antisemitisch hat sich durchgesetzt: Kritik an der illegalen israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik im Westjordanland und an der Blockade des Gaza-Streifens wird von Israel regelmäßig als antisemitisch zurückgewiesen – egal, wie erdrückend die Fakten sind, egal, wie fundiert die Kritik ist, und egal, von wem sie formuliert wird: ob von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch und Amnesty International, ob von israelischen NGOs, ob von den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union oder auch von prominenten jüdischen Stimmen und internationalen Wissenschaftler:innen.

3. Die zionistische Idee

Der 1944 in Ungarn geborene jüdisch-kanadische Mediziner und Traumaforscher Gabor Maté, der mit seiner Familie nur knapp der Deportation und dem Holocaust entronnen ist, sieht im gegenwärtigen Dilemma eine unausweichliche Konsequenz des politischen Zionismus. In seiner Jugend sei er ein glühender Anhänger des zionistischen Traums gewesen – des Traums von einem jüdischen Nationalstaat als Heimstätte und sicherem Zufluchtsort für verfolgte jüdische Menschen aus aller Welt. Bei Besuchen in Israel habe er

⁶ Vgl. Fischer/Lorenz (Hg.). *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des*

Nationalsozialismus nach 1945. [transcript] Bielefeld 2007, S. 224 f.

jedoch gesehen, dass dieser Wunschtraum nur als Albtraum zu realisieren ist und den Keim der Zerstörung von Anfang an in sich trage, und zwar für beide Seiten.

Wieso?

Der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstehende politische Zionismus reflektiert den damaligen Zeitgeist in doppelter Hinsicht: Zum einen reagiert er auf den eskalierenden Antisemitismus in Europa; unmittelbare Auslöser sind die Pogrome in Osteuropa und die Dreyfus-Affäre in Frankreich. Zum anderen liefert er die zeittypische Antwort: Dem völkisch-rassistischen Nationalismus, Nährboden des modernen Antisemitismus, wird eine jüdische, sich selbst zionistisch nennende Nationalbewegung entgegengesetzt, zunächst im zaristischen Russland. Als Theodor Herzl 1896 seinen „Judenstaat“ veröffentlicht, gibt es den deutschen Nationalstaat der „zu spät gekommenen deutschen Nation“ gerade mal 25 Jahre, und zwar in Gestalt des Deutschen Kaiserreichs. Herzl, 1860 im Habsburger Vielvölkerstaat geboren, ist flammender Nationalist und engagiert sich als deutsch-nationaler Burschenschaftler. Die ursprünglich emanzipatorische Nationalbewegung der 48er-Revolution, die sich für die nationale „Einigkeit“ in Verbindung mit „Recht und Freiheit“ einsetzte, ist da längst zerschlagen und hat völkischen Ideologien Platz gemacht. Die nationale Einheit wurde von oben mit „Blut und Eisen“ in drei Kriegen geschmiedet. In der deutsch-nationalen Burschenschaft findet Herzl als Jude nur vorübergehend Aufnahme und wird aufgrund des dort herrschenden völkisch-antisemitischen Nationalismus schließlich ausgestoßen. Zur Problematisierung und Abgrenzung von nationalistischen Ideen führt das bei ihm jedoch nicht, sondern im Gegenteil zu einer Übertragung auf das Judentum in der Diaspora. Die über viele Länder verstreut lebenden Juden werden dabei nicht primär als Religionsgemeinschaft, sondern als homogene ethnische Abstammungsgemeinschaft gedacht, als eine Nation, die ein eigenes Land und einen eigenen Staat braucht. Spiegelverkehrt reproduziert er dabei das antisemitische Stereotyp des schwächlichen, heimatlosen Juden als Pfahl im Fleisch „gastgebender Länder“, der, so die antisemitische Vorstellung, zu wahren Patriotismus nicht in der Lage ist und daher ausgegrenzt, wenn nicht als Feind bekämpft oder vernichtet werden muss. Herzl verbindet dies mit der ebenfalls zeittypischen, sich revolutionär gebärdenden Idee des „neuen Menschen“. Der künftige „Judenstaat“ soll die Schöpfung des „neuen Juden“ sein, stark, strahlend, der Scholle und der körperlichen Arbeit verpflichtet.

Diese zionistische Vision findet im liberalen Judentum oder unter sozialistisch gesinnten Jüdinnen und Juden

zunächst wenig Anklang. Setzen die ersteren auf kulturelle Annäherung und vollständige rechtliche Integration, machen sich die anderen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, für eine soziale Revolution in ihren Heimatländern als deren Voraussetzung stark. Wo dies, wie in den osteuropäischen Ländern, scheitert und jüdische Menschen zur Emigration gezwungen sind – Anfang des 20. Jahrhunderts sind es etwa 2,2 Millionen Juden aus dem zaristischen Russland –, entscheiden sich nur drei Prozent von ihnen für die Auswanderung nach Palästina, bis zur Staatsgründung 1948 sind es dann etwa sechs Prozent. Noch distanzierter verhält sich das religiöse Judentum. Der politische Zionismus erscheint als frevelhafter Eingriff in einen göttlichen Heilsplan und für viele ultraorthodoxe Juden, darüber berichtet Deborah Feldman in ihrem Buch „Unorthodox“, gilt der Holocaust bis heute als Strafe Gottes für das zionistische Unternehmen. Herzls voluntaristischer Appell „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen“ zündet jedoch bei immer mehr Menschen. Ab Ende der 1890er Jahre finden die ersten Einwanderungswellen und die Inangriffnahme erster Siedlungsprojekte statt. Bis Anfang der 1930er Jahre wächst die Zahl jüdischer Einwanderer insgesamt auf etwa 150.000 an. Die größte Welle setzt dann mit der Flucht aus Nazi-Deutschland ein. Aber schon seit den 1920er Jahren kommt es zu Konflikten mit der ansässigen arabischen Bevölkerung. Zwar wird der Landbesitz von arabischen Großgrundbesitzern, die oft gar nicht in Palästina leben, legal erworben, aber die bis dato dort lebenden und wirtschaftenden palästinensischen Bauern verlieren dadurch ihre Existenzgrundlage. In der britischen Mandatszeit nach dem Ersten Weltkrieg kommt es dann zu massiven Auseinandersetzungen und zu Gewaltausbrüchen auf beiden Seiten. Neben der zionistischen konstituiert sich allmählich auch eine arabische Nationalbewegung, die aber von Anfang an in Effizienz und Organisiertheit der zionistischen Bewegung weit unterlegen ist. Anders als die zionistische Bewegung und die jüdische Gemeinschaft ist sie ein Projekt untereinander zerstrittener palästinensischer Eliten.

Wenn man sich also fragt, ob die zionistische Utopie den Keim des Albtraums von Anfang an in sich trug, wird man hier fündig: Die Prämisse, Jüdinnen und Juden in der Diaspora seien ein Volk ohne Land und beanspruchten für sich ein Land ohne Volk, um dort eine neue Existenz und einen eigenen Staat zu gründen, war schlichtweg falsch. Zwei Völker beanspruchten und beanspruchen dasselbe Land und von Anfang an war nicht zu erwarten, dass die Menschen, die seit Jahrhunderten dieses Land, ursprünglich drei Provinzen des osmanischen Reichs, besiedeln und seit Generationen bearbeiten, ihre Existenzgrundlage freiwillig der zionistischen Idee opfern würden. Je massiver der

siedlungskolonialistische Druck wurde, desto massiver der arabisch-palästinensische Widerstand. Es ist eine interessengeleitete Erfindung der letzten Jahre, diesen vitalen Interessenkonflikt nicht als das zu nehmen, was er ist, sondern als Ausdruck einer grundlegenden, religiös bedingten muslimischen Judenfeindschaft. Der palästinensische Widerstand richtet sich von Anfang an nicht gegen Juden, weil sie Juden sind, sondern weil sie als Siedler, Staatsgründer und Besatzer die Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung zerstören. Dass dieser Konflikt von Populisten und Extremisten beider Seiten mit rassistischen Ressentiments, Feindbildern und Vorurteilen und auf arabischer Seite auch mit antisemitischen Verschwörungstheorien befeuert wird, ist keine Besonderheit des Nahost-Konflikts, sondern Charakteristikum und Begleiterscheinung aller gewaltförmigen Auseinandersetzungen, Teil der psychologischen Kriegsführung.

Um auf die historische Ausgangssituation zurückzukommen:

Auch die Zionisten der ersten Stunde und die Gründungsväter und -mütter des israelischen Staats kannten selbstverständlich das Konfliktpotenzial ihres Vorhabens. Schon Anfang der 1940er Jahre hatte Hannah Arendt die Frage aufgeworfen, welche Perspektive der politische Zionismus für die palästinensische Bevölkerung im Falle einer jüdischen Staatsgründung bereithalten würde. Die Antworten waren damals wie heute dieselben. Nach den Worten des Historikers Wolffsohn galt und gilt es, eine „demografische Atombombe“ zu entschärfen, die den jüdischen Staat in seiner Existenz bedrohe. Die Frage ist, wie. Wolffsohn bezieht sich auf die Bevölkerungsdichte in den besetzten Gebieten und das drohende oder jetzt schon vorhandene Übergewicht der palästinensischen Bevölkerung. Das von der UN garantierte Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge ins israelische Staatsgebiet sei daher nicht einlösbar. Auch in einem von der politischen Klasse und den dominanten ultranationalen und nationalreligiösen Kräften angestrebten Großisrael unter Einbezug von Judäa und Samaria beziehungsweise des Westjordanlands wäre eine jüdische Suprematie rein zahlenmäßig nicht möglich. Mit anderen Worten, ein jüdischer Staat nach westlichem Demokratieverständnis mit gleichen Rechten für alle Bürgerinnen und Bürger ist mit diesem Konzept nicht realisierbar. Das galt auch für die Ausgangssituation unter britischem Mandat. Ursprünglich betrug der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung nur gut zehn

Prozent, der arabische knapp 90 Prozent. Seit Mitte der 1930er Jahre bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs kommt es infolge des Holocaust und der vermehrten jüdischen Einwanderung zu einer Verschiebung des Verhältnisses von 30 zu 70 Prozent. Mit dem israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948/49 hat sich dieses Verhältnis diametral umgekehrt. In den neuen Grenzen des israelischen Staatsgebiets lebten nach dem Krieg nur noch gut 17 Prozent Palästinenser und 82 Prozent jüdische Israelis, heute sind es 80 zu 20 Prozent. Wie es zu dieser Transformation kommen konnte, „die die arabisch sprechende Bevölkerung in Palästina in eine reduzierte und vertriebene Minderheits- oder Flüchtlingsgesellschaft, von der weder der Name des Landes noch der der Bevölkerung übrigblieb“ – in Israel spricht man von Arabern und nicht von Palästinensern –, sei eine der bis heute am intensivsten diskutierten Fragen, meint der Politikwissenschaftler Thomas Philipps.⁷ Zustande gekommen ist sie durch den sogenannten Bevölkerungstransfer durch Flucht und Vertreibung von etwa 750.000 Palästinenser:innen im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen. Nach der Nakba, der palästinensischen Katastrophe, verblieben auf israelischem Staatsgebiet lediglich 150.000 Palästinenser. Ungeachtet der in der Unabhängigkeitserklärung vom Mai 1948 allen Bürgerinnen und Bürgern zugestandenen gleichen Rechte wurden sie auf viele Jahre unter Militärgerichtsbarkeit gestellt.

Diese dunkle Seite der israelischen Staatsgründung zu thematisieren galt in der israelischen Öffentlichkeit lange als ein Tabu und ist es in der deutschen Öffentlichkeit noch heute. Nach Öffnung der Archive in den 1990er Jahren erforschten die sog. neuen israelischen Historiker Tom Segev, Ilan Pappé und Benny Morris und andere unvoreingenommen die historischen Ereignisse und Tom Segev stellte damals verblüfft fest, dass die Quellen eine völlig andere Sprache sprechen als das offizielle israelische Narrativ in den Schulbüchern seiner Zeit. Auch heute sind die historischen Erkenntnisse dort noch nicht angekommen. Wenn überhaupt, wird die Nakba als freiwilliger oder von den arabischen Kriegsparteien provoziertes Auszug beschrieben. Dass es sich bei der verleugneten und verdrängten Nakba jedoch nicht um eine schlichte und nicht mehr rückgängig zu machende Begleiterscheinung des Unabhängigkeitskrieges handelt, sondern um einen von den verantwortlichen Politiker:innen um Ben Gurion von langer Hand geplanten „Bevölkerungstransfer“, ist die Substanz der neueren historischen Forschung. Übereinstimmend sprechen die

⁷ Thomas Phillipps. *Die palästinensische Bevölkerung zur Zeit des Britischen Mandats*. Bundeszentrale für Politische Bildung 28. 3. 2008

israelischen Historiker von systematischer ethnischer Säuberung, ein Begriff, dessen Verwendung in Deutschland auf dem Index steht und umstandslos den Vorwurf des Antisemitismus nach sich zieht. In Israel wird die Nakba inzwischen nicht mehr geleugnet oder totgeschwiegen, sondern im Gegenteil politisch gerechtfertigt. Von national-religiösen Eiferern und faschistischen Ministern in der Netanjahu-Regierung wird sie *expressis verbis* bis zur finalen Lösung aller israelischen Sicherheitsprobleme sogar gefordert und angedroht: „Tod den Arabern!“. Berufen können sie sich dabei u.a. auf einen der neuen Historiker, Benny Morris. In einem Interview mit der israelischen Zeitung *Haaretz* deutet er die historischen Fakten so:

„Es gibt historische Umstände, die eine ethnische Säuberung rechtfertigen. Aus meiner Sicht wog die Notwendigkeit, diesen Staat an diesem Ort zu gründen, schwerer als das Unrecht, das den Palästinensern durch ihre Entwurzelung angetan wurde. [...] Wenn die Angelegenheit ein für alle Mal gelöst worden wäre, wenn Ben Gurion eine große Vertreibung durchgeführt und das ganze Land Israel gesäubert hätte, bis zum Jordan [...], wenn er eine vollständige Vertreibung durchgeführt hätte – statt einer teilweisen –, hätte er den Staat Israel auf Generationen hinaus stabilisiert.“⁸

Dieses historische Wissen steht in Deutschland zur Verfügung, eine Zensur findet nicht statt. Aber Diskurs und Verbreitung treffen auf hohe Hürden. Fatale historische Deutungen wie die obige haben dagegen Konjunktur. Exemplarisch der Umgang mit den beiden in Deutschland gezeigten oder eben nicht gezeigten Ausstellungen „1948 – Wie der Staat Israel entstand“ oder „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“. Während die von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft edierte Ausstellung „1948“ zum 75. Jahrestag der Staatsgründung Israels mit großem Pomp von deutschen Politiker:innen in Rathäusern, Universitäten, Volkshochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen feierlich inauguriert wird, werden Einrichtungen, die die Nakba-Ausstellungen zeigen wollen, regelmäßig unter Druck gesetzt und durch Cancel-Culture-Attacken unter anderem vom „Jungen Forum“ der DIG, der „Jüdischen Studierendenunion“, der „WerteInitiative, deutsch-jüdische Positionen“ oder von Antisemitismusbeauftragten unter Berufung auf den BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages an der Präsentation gehindert. Besonders skandalös das Verbot, die Nakba-Ausstellung auf dem Evangelischen Kirchentag 2023 in Nürnberg zu zeigen. Diese wissenschaftlichen Standards

entsprechende und auf neueren historischen Erkenntnissen basierende Ausstellung wird ohne Begründung beziehungsweise aufgrund des fadenscheinigen, durch nichts zu belegenden und belegten Vorwurfs der Einseitigkeit gecancelt. Die Ausstellung „1948“ hingegen, die die Wurzeln des israelischen beziehungsweise jüdischen Staates bis in biblische Zeiten zurückverfolgt, mit Legenden und Geschichtsmysmen aufwartet, jede Multiperspektivität vermissen lässt und den Besucher gleich auf der ersten Tafel mit der Botschaft überwältigt, hier werde die ultimative historische Wahrheit präsentiert, wird mit öffentlichen Geldern massiv gefördert und mit den politischen Weihen des Kampfs gegen Antisemitismus ausgestattet. Parallel dazu wird das Nakba-Gedenken in Deutschland zunehmend kriminalisiert. Ein unverzichtbarer Teil der palästinensischen Identität der in Deutschland lebenden Staatsbürger:innen mit migrantischen Wurzeln wird damit unsichtbar gemacht und tendenziell ausgelöscht. Immer häufiger werden Gedenk- und Solidaritätsdemonstrationen präventiv verboten, weil man – übrigens zu Recht – eine Emotionalisierung der Demonstrierenden befürchtet. Die palästinensische Leidensgeschichte ist schließlich Teil der eigenen Lebens- und Familiengeschichte und damit essenziell für das Bewusstsein und die Befindlichkeiten insbesondere junger Menschen mit migrantischen Wurzeln, die anders als ihre Eltern nicht mehr still und zurückhaltend die Ungerechtigkeiten hinnehmen wollen. Emotionalisiertes Gedenken und öffentlicher Protest sind ein verbrieftes, von der Verfassung garantiertes Recht – auch für Menschen palästinensischer Herkunft. Es ist daher äußerst beunruhigend, mit welcher Leichtigkeit demokratische Grundrechte über Bord geworfen werden, wenn ihre Inanspruchnahme mit deutscher Staatsräson kollidiert oder zu kollidieren scheint. Dass unerwünschte Emotionen sich möglicherweise in unerwünschten israelfeindlichen oder nicht tolerierbaren oder gar strafrechtlich relevanten antisemitischen Parolen artikulieren könnten, rechtfertigt keine vorsorgliche Aufhebung verfassungsmäßig garantierter Rechte und erst recht nicht das *racial profiling* zur polizeilichen Durchsetzung verhängter Verbote. Dass dies von unterschiedlichen Gerichten derzeit noch unterschiedlich gesehen und gehandhabt wird, verweist auf eine rechtsstaatliche Schiefelage, die eine abschließende Bewertung durch das Bundesverfassungsgericht erforderlich macht.

4. Der neue Anti-Antisemitismus

„Den Schmerz der Anderen begreifen!“⁹, so der Buchtitel von Charlotte Wiedemann, ist eine Voraussetzung

⁸ Benny Morris im Interview. In: *Haaretz* vom 08.01.2004

⁹ Charlotte Wiedemann. *Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis*. Propyläen Verlag 2022

für Versöhnung und Frieden. Vor ziemlich genau einem Jahr war die deutsche Journalistin und Buchautorin in Tel Aviv zu einem Dialog mit dem jüdischen Historiker Amos Goldberg und dem palästinensischen Politologen Bashir Bashir eingeladen. Thema waren die tragisch miteinander verknüpften Traumata von Holocaust und Nakba und die Erörterung neuer, empathischer Zugänge zum Jahr 1948 in seiner Doppelbedeutung als Erfüllung des zionistischen Traums und Beginn der palästinensischen Katastrophe. Allein die Ankündigung löste einen Skandal aus: Die unglücklicherweise oder gezielt auf den 9. November datierte Veranstaltung, gezielt, weil die Verknüpfung symbolträchtiger Daten möglicherweise auf blinde Stellen in der etablierten deutschen wie der israelischen Erinnerungskultur aufmerksam machen wollte, diese Veranstaltung also wurde gecancelt. Der israelische Botschafter brandmarkte sie als „bodenlose Respektlosigkeit“ und „eklatante verabscheuungswürdige Verharmlosung des Holocaust“ in der „zynischen, manipulativen Absicht, Israel zu verleumden“. Gleichzeitig drohte die rassistische, rechtsextreme israelische Organisation „Im Tirzu“ in Tel Aviv mit Massendemonstrationen und damit, die geplante Veranstaltung zu sprengen. Die Veranstalter:innen – die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Goethe Institut in Tel Aviv – gaben dieser Einschüchterung nach und erklärten, die Sicherheit der deutschen Publizistin nicht mehr garantieren zu können. Außerdem hatte sich das Auswärtige Amt eingeschaltet und die Absetzung dieser „dreisten Trivialisierung des Holocaust“ gefordert. Die Singularität der Shoah dürfe zu keinem Zeitpunkt, weder am 9. November noch an irgendeinem anderen Tag in Frage gestellt werden.

Niemand hatte das beabsichtigt. Denn den Schmerz der Anderen begreifen heißt nicht, das Trauma der palästinensischen Flucht und Vertreibung mit dem Menschheitsverbrechen des Holocaust zu verrechnen oder gleichzusetzen, sondern plädiert für ein Erinnern in historischer Verantwortung, wie es der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus als Königsweg zur Versöhnung und zum Frieden angemahnt hat, unter Bezug übrigens auf die Weisheit eines berühmten jüdischen Rabbiners. Unter renommierten Historiker:innen und Genozidforscher:innen ist die Singularitätsthese wissenschaftlich umstritten. Als Versuch, dem Grauen begrifflich beizukommen, ist das Festhalten an der Einmaligkeit, an der Singularität der „Verbrechen ohne Namen“ – so eine Formulierung von Saul Friedländer – dagegen fast so etwas wie die Hoffnung, dass Auschwitz nie wieder geschehen könne. Als verordnete geschichtspolitische Doktrin und Grundlage der deutschen Staatsräson ist sie jedoch durchaus kritisch zu betrachten.

Im Sommer 2023 kommt es zu weiteren Angriffen. Diesmal trifft es die renommierte deutsche Nahost-Expertin Dr. Muriel Asseburg, die im Rahmen der SWP (Stiftung Wissenschaft und Politik) die Bundesregierung in außenpolitischen Fragen berät. Am Rande eines wissenschaftlichen Kongresses in Tel Aviv wird sie auf offener Straße von Mitgliedern der rechtsextremen „Im Tirzu“ gefilmt, bedroht und als „antisemitische Hexe“ beschimpft. Vorausgegangen war eine shitstormhafte Kampagne der israelischen Botschaft in Berlin wegen eines zweieinhalbstündigen Online-Interviews, in dem Asseburg Aspekte deutsch-israelischer Beziehungen und der israelischen Palästina-Politik beleuchtet hatte. Sie verbreite „Verschwörungsfantasien“ und „Antisemitismus im pseudoakademischen Milieu“; es sei die Frage, ob sie überhaupt noch tragbar sei für den wissenschaftlichen Think Tank SWP und als Beraterin der Bundesregierung. Unter der Ägide ihres Bundesvorsitzenden Volker Beck nebst Vizepräsidentin Lisa Badum, beide dem politischen Spektrum der Grünen angehörend, letztere als Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, sekundierte die Deutsch-Israelische Gesellschaft/DIG diese Hetzkampagne. Und auch die FAZ in Gestalt ihres Feuilletonchefs Jürgen Kaube beeilte sich, mit einem beleidigenden, jede journalistische Sorgfalt vernachlässigenden Artikel auf diesen anti-antisemitischen Zug aufzuspringen. Und falls man glaubt, dieses Niveau hätte nun nicht mehr unterboten werden können, bewies die zwielfichtige Figur aus den Chefetagen des Springer-Konzerns, Julian Reichelt, Schlimmeres. Die wissenschaftliche Forschung Muriel Asseburgs und der SWP sei „antisemitischer Dreck“, dem jede finanzielle Förderung sofort zu entziehen sei. Zwar stellte sich in diesem Fall der deutsche Botschafter in Israel, Steffen Seibert, hinter die renommierte Wissenschaftlerin und rügte seinen „undiplomatischen“ Kollegen Ron Prosor in Berlin. Der Schaden für die Betroffenen und für eine liberale politische Kultur insgesamt ist jedoch immens: ein manipulativer Anti-Antisemitismus, der von den Realitäten ablenkt, eine oft nicht hinreichend informierte Öffentlichkeit irreführt und einschüchtert und Kritiker:innen der israelischen Politik verleumdet und auszuschalten versucht.

Beide Ereignisse sind nur die Spitze des Eisbergs. Charlotte Wiedemann widmet ihr Buch der 2021 mit 96 Jahren verstorbenen Holocaustüberlebenden Esther Bejarano. Während ein Großteil ihrer Familie ermordet wurde, überlebte Esther, damals noch Loewy, die Shoah im „Mädchenorchester von Auschwitz“. Nach mehreren Todesmärschen und einer Odyssee durch verschiedene Konzentrationslager, u.a. das Frauen-KZ Ravensbrück, wird sie 1945 in Bergen-Belsen von den Alliierten befreit. Als displaced person kommt sie

zunächst in Auffanglager, von wo aus ihr im September 1945 die Organisation ihrer Ausreise und die Überfahrt nach Palästina gelingen. 1948 wird sie dort zum Militärdienst eingezogen, heiratet Nissim Bejarano, dem sie bis zu seinem Tod 1999 verbunden bleibt. Beide stehen politisch links. Wegen seiner kommunistisch-gewerkschaftlichen Tätigkeit verliert Nissim seinen Job als Fernfahrer. Die Familie schlägt sich durch. 1956 wird Nissim zum Einsatz im Sinai-Krieg eingezogen, eine Erfahrung, die ihn zu dem Entschluss bringt, Israel zu verlassen. Seit 1960 lebt die Familie in Hamburg. Bis zu ihrem Lebensende widmet sich Esther Bejarano dem Kampf gegen das Vergessen der Shoah. Aber wie die meisten anderen Holocaustüberlebenden wird sie erst in den späten 1980er Jahren als überlebende Zeitzeugin öffentlich wahrgenommen. 1986 gründet sie das „Auschwitz-Komitee“, unter dem Motto des Schwurs von Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ – und zwar gegen den politischen Mainstream. Als weit über 80-Jährige wird Esther Bejarano für ihr Engagement gegen das Vergessen und als wichtige Stimme im Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus geehrt und 2008 mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse und 2012 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Gleichzeitig bringt sie ihr Eintreten für die Rechte des palästinensischen Volkes in Misskredit. Als Protagonistin der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“, die mit der Boykottbewegung BDS sympathisiert, wird die eben noch hochgeehrte Shoah-Überlebende von deutschen nicht-jüdischen Antisemitismuswächtern als Antisemitin verunglimpft.

Der Philosoph Žižek, der auf der Frankfurter Buchmesse selbst zur Zielscheibe anti-antisemitischer Attacken geworden ist, meint, der Zionismus sei in seinem „Hass auf (alle) Juden, die sich nicht vollständig mit der Politik des Staates Israel identifizieren, paradoxerweise (selbst) antisemitisch geworden.“¹⁰

Macht es unter diesen Bedingungen überhaupt noch Sinn, sich mit theoretischen Konzepten zum israelbezogenen Antisemitismus auseinanderzusetzen? Im deutschsprachigen Raum gibt es dazu inzwischen eine umfangreiche, überwiegend propagandistische Literatur, die israelbezogenen Antisemitismus zur gefährlichsten Form von Antisemitismus überhaupt erklärt. So auch der 2019 vom Deutschen Bundestag verabschiedete BDS-Beschluss und NASAS, die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“, die 2022 vom Antisemitismusbeauftragten der

Bundesrepublik, Felix Klein, der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Hinzu kommt ein mit mehr als 35 Millionen Euro Steuergeldern geförderte Paradigmenwechsel in der Antisemitismusforschung. Diese neuen Antisemitismuskonzepte gelten als Richtschnur für Verwaltung, Bildung, Polizeiarbeit, Straftaten und die Beurteilung von zivilgesellschaftlichem Engagement etwa im Kulturbereich. Bereits bei der 2017 vom Deutschen Bundestag übernommenen „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der IHRA ging es gegenüber früheren Definitionen darum, die Haltung zu Israel in den Fokus zu rücken und legitime von angeblich illegitimer, antisemitisch motivierter Kritik zu unterscheiden. In den Erläuterungen zum weder trennscharfen noch in sich stringenten Arbeitsbegriff heißt es:

„Wenn auf Israel als jüdisches Kollektiv doppelte Standards angelegt werden, beispielsweise, was Maßnahmen zur Selbstverteidigung betrifft oder der demokratische jüdische Staat als rassistisches System dämonisiert wird, dann wird die Grenze zum Antisemitismus überschritten.“¹¹

Aber was ist, wenn die israelischen „kollektiven Strafmaßnahmen zur Selbstverteidigung“ sich nicht im Rahmen des Völkerrechts bewegen und der demokratische jüdische Staat von Rassisten und Faschisten regiert wird? Ist es antisemitisch, dies zu benennen? Wo immer diese Frage auftaucht, wird sie routiniert zurückgewiesen: Kritik sei selbstverständlich nicht nur erlaubt, sondern notwendig, sie fände ja auch täglich statt, aber wo immer sie geäußert wird, wird sie stillschweigend übergangen oder mit Antisemitismuswürfen überzogen.

Was also ist Antisemitismus? Der bekannte Judaist und ehemalige Leiter des Jüdischen Museums in Berlin, Peter Schäfer, selbst Ziel und Opfer einer fehlgeleiteten Antisemitismuskampagne, hat jüngst den Regalkilometern einschlägiger Literatur eine umfassende Studie zur Geschichte des Antisemitismus hinzugefügt.¹² Er zeigt, dass die Wurzeln des Judenhasses bis weit in die Antike und in vorchristliche Zeiten zurückreichen und dann die Ausbreitung des Christentums im Mittelmeerraum begleiten. Antijudaismus ist ein fester Bestandteil der abendländisch-christlichen Kultur und hat auch der Geschichte des modernen Europas in immer neuen Varianten seinen Stempel aufgedrückt – bis hin zum eliminatorischen Rassenantisemitismus des NS-Regimes. 1945 ist insofern eine Zäsur, als mit

¹⁰ Slavoy Žižek, *Die wahre Trennlinie zwischen Israel und Palästina*. In: DER STANDARD vom 18.10.2023.

¹¹ Natan Sharansky. *Antisemitismus in 3D*. In: hagail vom 05.03.2004

¹² Peter Schäfer. *Kurze Geschichte des Antisemitismus*. C.H. Beck 2020.

dem Untergang des Nazi-Regimes Antisemitismus ein für alle Mal geächtet schien, aber natürlich nicht überwunden war. Antisemitische Einstellungen waren und sind in allen gesellschaftlichen Schichten und in allen politischen Milieus nachweisbar, Tendenz steigend. Aber Übergriffe und Gewaltdelikte gehen laut Polizeistatistik zu über 90 Prozent auf das Konto des Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus, man denke an „die migrationsfeindlichen und antisemitischen Massendemonstrationen [...], die NSU-Morde und die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke“.¹³ In seinem Bekennerschreiben offenbart der rechtsextreme Attentäter von Halle, wie eng Rassismus, Antisemitismus, Xenophobie und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit miteinander verzahnt sind und wie beliebig die Opfer ausgewählt werden. Zunächst habe er eine Moschee oder ein Antifa-Zentrum in Betracht gezogen, weil die weniger stark bewacht würden. Aber sein eigentliches Ziel sei es, Juden zu ermorden, denn die seien die Drahtzieher der muslimischen Einwanderung.¹⁴ „Antisemitismus kommt niemals allein“, schlussfolgert Stefanie Schüler-Springorum, Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin.¹⁵

Dem widerspricht der besagte neue Trend in der Antisemitismusforschung, der die Einzigartigkeit und Exzeptionalität von Antisemitismus gegenüber allen anderen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betont: Antisemitismus sei nicht mit Rassismus gleichzusetzen, sei kein Vorurteil oder Ressentiment, sondern eine Weltanschauung, der alle anderen Formen von Menschenfeindlichkeit eingeschrieben sind. Und zweitens klassifiziert dieser Trend den postnazistischen oder sekundären Antisemitismus, der sich nach und trotz Auschwitz herausgebildet hat, als israelbezogen. Es handele sich dabei um keinen neuen Typ, sondern um den alten Antisemitismus, der mit der Gründung des Staates Israel eine neue Projektionsfläche gefunden habe. Der geächtete und öffentlich nicht unmittelbar artikulierbare Antisemitismus bediene sich einer Umwegkommunikation über die gesellschaftlich akzeptierte „Israelkritik“. Protagonist dieses israelbezogenen Antisemitismus ist zum einen die Figur des unbelehrbaren, äußerlich aber angepassten und opportunistischen Antisemiten, der sich als solcher nicht zu erkennen gibt. Dem wird eine weitere Figur beziehungsweise ein weiteres Motiv zur Seite gestellt: das Motiv der „Schuldabwehr“. Indem man

auf die Verbrechen der Anderen verweist, beispielsweise auf Kolonialverbrechen oder die israelische Besatzungspolitik, mindere man vermeintlich die eigene historische Schuld. Beide Motivlagen münden in eine Opfer-Täter-Umkehr: Aus den einstigen Opfern des Holocaust seien heute selbst Täter geworden, und zwar gegenüber dem palästinensischen Volk. Der Holocaust werde nicht mehr gelehrt, sondern relativiert.

Es gibt keine empirischen Belege für die Stichhaltigkeit solcher Annahmen. Eine Untersuchung zu „Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee“¹⁶ von 2015 kommt im Gegenteil zu dem Ergebnis, dass die inkriminierten „linksliberalen Sympathisanten von BDS“ überdurchschnittlich gut über den Nahost-Konflikt informiert sind und überdurchschnittlich stark engagiert sind gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie und eben gegen Antisemitismus. Anders die unheiligen Allianzen pro-israelischer, aber offenkundig antisemitischer europäischer und amerikanischer Rechtspopulisten mit Israel. Sie alle bedienen sich, gerade auch aktuell, in ihrer Haltung zum gegenwärtigen Krieg und zu Israel aus demselben xenophoben Repertoire und pflegen einen toxischen, gegen „muslimische Flüchtlingsströme“ gerichteten „ethnopluralistischen Anti-Antisemitismus“. Verantwortungsloser Populismus oder rechtsradikale Xenophobie, die Migrant:innen künftig das „Bekanntnis zum israelischen Existenzrecht“ abverlangen will, gehört in diese Kategorie. Der Zionismus-Kritiker und deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm sieht darin eine Form der Weißwäscherei:

„Extrem rechte, rassistische und antisemitische Wortführer müssen sich nicht mehr in die Niederungen der Holocaust-Leugnung begeben [...] sie könne sich vielmehr als diejenigen darstellen, die wirklich aus der Geschichte gelernt haben.“¹⁷

Auch in psychologischer Hinsicht ist das Konzept des israelbezogenen Antisemitismus nicht plausibel. Wenn es tatsächlich um die Bewältigung der deutschen Schuld ginge und nicht um deren schlichte Leugnung, dann stärkt das in der Regel nicht antiisraelische Ressentiments, sondern eher das philosemitische Pendant, die „gefühlsmäßig verständliche“ Überidentifikation. Die „Unterstützung Israels“ hat entlastende Funktion, sagt Meron Mendel, Leiter der Anne-

¹³ Barry Trachtenberg. *Debatte über die BDS-Bewegung: Künstliches Fieber, echter Hass*. In: taz vom 22.10.2019.

¹⁴ Ronen Steinke. *Anschlag von Halle: Die AfD hat den Attentäter in seinem Denken bestärkt*. In: Süddeutsche Zeitung vom 09.10.2020

¹⁵ Stefanie Schüler-Springorum. *Antisemitismus und Antisemitismusforschung: ein Überblick*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 19.06.2020

¹⁶ Wilhelm Kempf. *Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche*. Berlin 2015

¹⁷ Omri Boehm. *Israel – eine Utopie*. Berlin 2020, S. 136/137

Frank-Bildungsstätte in Frankfurt, insofern sie „zum Symbol des demokratischen, toleranten Selbstverständnisses, zum inzwischen wichtigsten Teil des deutschen Projekts der „Vergangenheitsbewältigung“ [wurde]. Wenn aktuell in Deutschland über Israel gestritten wird, geht es weniger um Israel selbst. Vielmehr erleben wir, dass sowohl die Freundschaft als auch die Feindschaft gegenüber dem jüdischen Staat der moralischen Selbstvergewisserung dient.“¹⁸

Eindeutig antisemitisch sind dagegen verbale Übergriffe und körperliche Attacken auf Menschen und Einrichtungen, weil sie jüdisch sind oder für jüdisch gehalten werden. Seit dem 7. Oktober nehmen solche Übergriffe in Deutschland und weltweit in besorgniserregender Weise zu. Mit purer Repression ist dem nicht beizukommen. Die unzulässige Gleichsetzung von Judentum, Jüdinnen, Juden und israelischem Staat begegnet einem allerdings nicht nur, wenn der Nahost-Konflikt auf deutschen Straßen oder vor amerikanischen Universitäten ausgetragen wird und Jüdinnen und Juden kollektiv für die israelische Politik haftbar gemacht werden. Die Gleichsetzung ist ein Essential der deutschen Erinnerungskultur und unreflektierte Setzung der deutschen Staatsräson. Sie ist konstitutiver Bestandteil des politischen Zionismus und explizite Grundlage der Selbstdefinition Israels als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“, die zwar alle im Ausland lebenden Jüdinnen und Juden einbezieht, nichtjüdische Israelis jedoch ausschließt und diskriminiert. Sie ist die Grundlage partikularen, identitären Denkens: Unter Leugnung und Einebnung jüdischer Vielfalt, diverser jüdischer Lebensentwürfe und politischer Orientierungen – in der Diaspora wie in Israel selbst – werden Abweichungen geächtet. Der zionistische Gründungsmythos beansprucht die absolute Alleinvertretung des zu sich selbst gekommenen, wahren Judentums. Inwieweit der bekämpfte „muslimische Antisemitismus“ eine spiegelverkehrte Wahrnehmung eben dieser zionistischen Selbstdefinitionen ist, wäre eine Untersuchung wert.

Das Massaker des 7. Oktober stellt eine historische Zäsur dar, die Israel, Palästina und die gesamte Region an den Rand des Abgrunds führt, und das umso mehr, je weniger die Zäsur zum Einschnitt im Denken, zu einem Umdenken führt, zu einer Veränderung der politischen Strategie, zu einer Neukonzeption der Sicherheitsarchitektur, die auf Gewalt und militärischer Stärke beruht. Stattdessen findet auf allen Ebenen eine Verschärfung des Bisherigen statt: Noch mehr Militär, noch mehr Bomben, noch mehr Panzer, noch mehr um ihr Leben fliehende Menschen, noch mehr getötete Zivilisten und Kombattanten, noch größere humanitäre Katastrophen, noch mehr Überwachung und Angriffe auf Andersdenkende, noch enger werdende Meinungskorridore, noch mehr Denk-, Sprech- und Demonstrationsverbote.

Ronen Steinke¹⁹ beklagt, der jüdischen und der palästinensischen Diaspora in Deutschland falle es gerade unendlich schwer, „anzuerkennen, was beide Seiten verbindet: Hilflosigkeit, Angst und das historische Trauma.“ Es fällt vor allem der deutschen Politik schwer, dies zu begreifen. Die Mahnung der jüdisch-israelischen Journalistin Amira Hass sollte daher nicht überhört werden. Sie schreibt nach dem Massaker von 7. Oktober in einem Offenen Brief an die Bundesregierung:

„Ihr Deutschen habt eure Verantwortung aus dem Holocaust – also aus der Ermordung u. a. der Familie meiner Eltern [...] längst verraten. Ihr habt sie verraten durch eure vorbehaltlose Unterstützung eines Israels, das besetzt, kolonisiert [...].“

Als an einer deutschen Universität im Rahmen einer Trauerfeier für einen in Gaza getöteten palästinensischen Kommilitonen aus diesem Brief zitiert wird, wird die Veranstaltung abgebrochen.

¹⁸ Meron Mendel. *Die größte Gefahr für Israel? Die eigene Regierung*. In: Der Spiegel vom 13. 5. 2023

¹⁹ Ronen Steinke. *Im Schmerz vereint*. In: Süddeutsche Zeitung vom 28. 10. 2023

Vorgänge um den FFE-Studientag 2023 „Bedrohte Diskurse“ Ein Kurzbericht von Manfred Jeub (10. Januar 2024)

Schön, wenn der FFE-Studientag Aufmerksamkeit findet. Schlecht, wenn er ins Visier genommen wird. Dass Letzteres sich anbahnte, hätten wir ahnen können, als das ARD-Magazin ‚Kontraste‘ ein paar Tage zuvor anfragte, ob sie wohl einen Reporter mit Kameramann schicken dürften. Der Leitungskreis entschied sich aus mehreren Gründen dagegen, auch, weil die Ausrichtung dieses Magazins uns keine faire Berichterstattung erwarten ließ.

Drei Tage vor der Veranstaltung wurden wir auf eine epd-Meldung aufmerksam, die titelte: **Landeskirche distanziert sich von Tagung des Forums Friedensethik**. Wir fielen aus allen Wolken. Denn mit uns hatte niemand gesprochen. Die Nachfrage bei der Redaktion des Evangelischen Pressedienstes ergab Folgendes: Ein Post bei X (Twitter) hatte einen Shitstorm initiiert. Er stammte von Franziska Davies, einer Osteuropa-Historikerin, die seit einem bis vor Gericht gehenden Meinungsstreit mit unserer Referentin Gabriele Krone-Schmalz deren Auftritte verfolgt und im Vorfeld skandalisiert. Interessanterweise hakte Davies diesmal bei dem anderen Punkt der Vorankündigung ein, die seit einem halben Jahr u. a. auf der Homepage der EEB Karlsruhe veröffentlicht war und lautete:

Es gibt Reizthemen, bei denen in unserer Gesellschaft die freie öffentliche Diskussion gefährdet ist. Positionen werden ins Abseits geschoben, skandalisiert oder mundtot gemacht. Der Sachbuch-Bestseller „Die vierte Gewalt“ von Precht/Welzer wirft unseren Leitmedien beim Ukrainekrieg solche Diskursverengungen vor. Schnell ist als Putin-Versteher gebrandmarkt, wer sich Kriegsnarrativen widersetzt. Dem ist der Vormittag des Studientages gewidmet, für den als Referentin die Journalistin Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz zugesagt hat.

Beim Thema Israel-Palästina ist es die Antisemitismus-Keule, mit der Kritik an den beständigen Menschenrechtsverletzungen des Staates Israel in Deutschland zum Schweigen gebracht wird.

Referentin zu diesem Thema ist am Nachmittag Karin Wetterau, Autorin des Buches „Neuer Antisemitismus? Spurensuche in den Abgründen einer politischen Kampagne“.

Der kampagnenerprobten Davies war klar, dass sich als Trigger, um imagesensible Institutionen in Panik zu versetzen, nach dem 7. Oktober das Antisemitismus-Thema mehr anbot als das Ukraine-Thema. So adressierte sie, obwohl auf der EEB-Website das Forum Friedenethik als Veranstalter angegeben war, ihre

Vorhaltungen auch nicht an uns, sondern an die Landeskirche.



Franziska Davies
@EFDavies

Liebe @ekiba, halten Sie es als Landeskirche für eine gute Idee, in der Erwachsenenbildung Karlsruhe, in Ihren Räumen eine Veranstaltung abzuhalten, bei der schon in der Ankündigung von der „Antisemitismus-Keule“ die Rede ist? Während jüdisches Leben weltweit bedroht wird?

Diese wurde darauf aufmerksam gemacht durch die epd, die Vorgänge auf X (Twitter) beobachtet und beim Zentrum für Kommunikation der Landeskirche um eine Stellungnahme nachfragte. Hier zog man sich den Schuh an und beeilte sich, in diesem Stummelsatz-Medium folgende „Klarstellung“ zu platzieren:



Landeskirche Baden
@ekiba

Wir distanzieren uns von jeder Form von Antisemitismus. Die Ankündigung des Studientags durch das Forum Friedensethik ist unangemessen. Die Konzeption ist problematisch. Diskussionsräume zu öffnen für komplexe Themen sehen wir dennoch als unsere Aufgabe an.

Ich habe bei zwei Nachfragen beim Leiter des Zentrums für Kommunikation, Herrn KR Dr. Kendel, keine Auskunft bekommen, von wem dieser u. E. hochproblematische Text stammt. Man habe sich nur von der Wortwahl „Antisemitismuskeule“ distanziert, nicht aber vom FFE-Studientag hieß es von OKR Wolfgang Schmidt, der teilnahm, und Dekan Dr. Schalla, der ein Grußwort sprach. Wenn dem so ist, dann hätte eigentlich die Landeskirche dafür sorgen müssen, dass die epd-Falschmeldung aus der Welt geschafft wird und nicht bis heute bei der Google-Suche nach „Forum Friedensethik“ auftaucht und unseren Ruf schädigt. Interessanterweise haben wir einen fairen Umgang, der sich an die Betroffenen selbst wandte, von dem Pressedienst idea erlebt mit deren differenzierter Berichterstattung und der sachbezogenen Überschrift „Studientag: Israel kritisieren, wenn es Völkerrecht missachtet“ am 15.11.2024. Auf die idea-Pressenanfrage, wie wir uns zu der Kritik am Studientag stellen, haben wir am 13.11.2023 geantwortet:

1. Wir sind idea dankbar, dass Sie nicht, wie epd, die Falschmeldung in die Welt gesetzt haben, die Badische Landeskirche distanzieren

- sich von der Veranstaltung. Das Grußwort des Karlsruher Dekans hat dies klargestellt.
2. Wir bedauern, dass Kritiker sich kaum an uns als die Veranstalter gewandt haben, sondern Protestmails an kirchenleitende Organe schrieben oder in „sozialen“ Medien versuchten, die Veranstaltung zu skandalisieren. Die darin zum Ausdruck kommende „Cancel Culture“ bestätigte die Wichtigkeit unseres Themas „Bedrohte Diskurse“.
 3. Solche im Vorfeld erfolgten Angriffe bezogen sich einerseits auf die Person der Referentin Frau Dr. Krone-Schmalz, der seit einem Rechtsstreit die Osteuropa-Historikerin Frau Dr. Franziska Davies systematisch auf social media nachstellt.
 4. Andere Angriffe im Vorfeld bezogen sich auf das zweite, beim Thema der Diskursverengung angesprochene Beispiel: das Mundtot-Machen berechtigter Kritik am Agieren des Staates Israel durch Bezichtigung des Antisemitismus. Sie versuchten dies an der Metapher „Antisemitismuskeule“ festzumachen, die genau das meint, wenn sie auch nicht glücklich gewählt sein mag. Wir halten die Problematik für unbestreitbar.
 5. Uns haben die überraschend hohe Teilnehmerzahl und die starke positive Resonanz bei diesem Studientag darin bestätigt, dass wir ein Thema von hoher Relevanz für viele Menschen in und außerhalb der Kirche gewählt haben.

FFE-Pressemitteilung zum Weltgebetstag der Frauen: Aufruf, den Originaltext und das ursprünglich veröffentlichte Titelbild des WGT beizubehalten und zu verwenden (8. Februar 2024)

Der WGT-Deutschland hat (als einziges Land) nach dem 7. Oktober 2023 die gottesdienstlichen Texte der Palästinenserinnen ‚kontextualisiert‘ ohne Einverständnis der Palästinenserinnen: Texte wurden subtil eigenmächtig verändert, das Titelbild von betenden Palästinenserinnen in traditioneller Kleidung gegen einen Olivenzweig ausgetauscht sowie das von den Palästinenserinnen vorgeschlagene Projekt gegen ein israelisches Projekt. Die Originalfassung des Gottesdienstes wurde zurückgezogen und vernichtet und eine überarbeitete und zensierte gedruckt. Die Palästinenserinnen wurden wieder einmal mehr ‚unsichtbar‘ gemacht bzw. neutralisiert.

Es gehört zum Ethos des WGTs, dass die erarbeiteten und genehmigten Liturgien im Original der Frauen aus dem jeweiligen Land gebetet und gefeiert werden. Dies ist ein Ausdruck des Respekts, der Achtung der Würde und der Lebenssituation der Verfasserinnen mit all ihren Hoffnungen auf Gerechtigkeit, Frieden und Leben in Schönheit.

Das Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden (FFE) bittet alle, die den WGT feiern, sich zu informieren.

Informationen, Hintergründe sowie Downloads einschließlich der Originalliturgie sind zu finden auf der Homepage des FFE: <https://forum-friedensethik.de/>

Für eine Versachlichung der Debatte um die Weltgebetstagsordnung empfehlen wir den kürzlich erschienen Beitrag in <https://zeitzeichen.net/node/10973>

Das FFE ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Es ist kein Organ der Badischen Landeskirche, sondern möchte als freie Initiative mit pazifistischen Impulsen in sie hineinwirken.

FFE-Pressemitteilung zum Gewaltexzess in Gaza (27. Februar 2024)

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat die Völkermordklage gegen Israel angenommen und damit einen Anfangsverdacht bestätigt, dass der Staat Israel sich in Gaza dieses schweren Verbrechens schuldig macht. Die öffentlich geäußerten Vernichtungsphantasien israelischer Minister und Generäle sind verstörend. Beim Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 wurden schwere Menschenrechtsverbrechen begangen; die Reaktion darauf darf nicht sein, selber schwere Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Zwei Drittel zivile Tote im fünfstelligen Bereich und die Zerstörung einer ganzen Infrastruktur sind kein Kollateralschaden von Terrorabwehr, sondern eine Kollektivbestrafung Unschuldiger.

Die deutsche Regierung handelt nicht in unserem Namen, wenn sie die völlig unverhältnismäßige israelische Gewalt als legitime Selbstverteidigung rechtfertigt, den Schutz unschuldiger Menschen verbal anmahnt, tatsächlich aber diesen Gewaltexzess mit Waffenlieferungen unterstützt und politisch flankiert.

Als Mitglieder der Kirche empört uns das dröhnende Schweigen der deutschen Kirchen angesichts des vor unseren Augen ablaufenden Massenmordes an der Zivilbevölkerung in Gaza. Die Geschichte lehrt, wie Christen sich durch Schweigen schuldig machen. Wir bauen jetzt auf eine Kirche von unten, mit der wir uns einsetzen für

- einen sofortigen Waffenstillstand,
- den Stopp der Waffenlieferungen an Israel,

- die Aussetzung des Assoziierungsabkommens Israel – EU, das beide Partner auf die Achtung der Menschenrechte verpflichtet,
- die Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen an die UNRWA, von deren Handlungsfähigkeit das Überleben zahlloser Palästinenser*innen abhängt,
- ein Ende der israelischen Besatzung in Palästina und eine gerechte politische Lösung, in der alle Menschen zwischen Jordan und Mittelmeer selbstbestimmt leben können.

Wir bejahen unsere Verantwortung für das Leben von Juden, die sich aus unserer Geschichte ergibt, sehen eine solche aber auch für die Palästinenser. Die Lehre aus dem Holocaust kann nur lauten: Eintreten für gleiche Menschenwürde und universelle Menschenrechte. In einem Meer von Hass, den die Fortsetzung der bisherigen Gewaltpolitik schüren wird, kann auch ein mit Massenvernichtungsmitteln ausgestattetes Israel nicht überleben. Verantwortungsübernahme und Freundschaft werden sich allererst darin zeigen, Israel auf den Weg des gerechten Friedens zu drängen.

27. Februar 2024

Der Leitungskreis des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Sicherheits-Strategien neu denken: Gewalt stoppen und überwinden! *In Israel und Palästina. In der Ukraine. Global. Initiative Sicherheit neu denken (20. November 2023)*

1. Sicherheits-Strategien neu denken

Seit der Veröffentlichung unseres Szenarios „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040“.

2018 erleben wir weltweit positive Entwicklungen, aber auch eine erschreckende Zunahme von Gewalt. In diesem Papier reflektieren wir die Kriege in der Ukraine und in Israel/Palästina, die zunehmende

Klimakrise sowie die 2023 veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung und weitere Entwicklungen aus dem Geist unseres Positiv-Szenarios.

Wir blicken mit tiefem Mitgefühl und zugleich analytischer Distanz auf das Weltgeschehen und versuchen beides zu verbinden.

2. Der Anteil militärischer Sicherheitslogik an der aktuellen Multikrise – aus der Ukraine, Afghanistan, Mali, Somalia und Kenia lernen

Die unsere Welt auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiter prägende militärische Sicherheitslogik trägt wesentlich zur aktuellen weltweiten Multikrise bei.

Die Sicherheitsstrategien der NATO, Israels, Russlands, der Ukraine und unserer Bundesregierung blenden diesen negativen Anteil militärischer Sicherheitslogik an der Multikrise komplett aus.

Aus negativen Erfahrungen in der Ukraine, in Afghanistan und Mali sowie aus positiven Erfahrungen in Kenia und Somalia können wir lernen.

3. Das Trauma der Gewalt im Nahen Osten durch ein klares Eintreten Deutschlands für die Beendigung der Gewalt und eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZMNO) überwinden helfen

Die mit den Traumata der Shoah und der Nakba i verbundene Spirale der Gewalt lässt sich nur durch ein klares Votum zur Gewaltfreiheit von außen stoppen.

Als Deutsche sind wir mit dem Trauma der Gewalt im Nahen Osten verbunden. Wir werden unserer historischen Verantwortung gerecht, wenn wir gegenüber allen Beteiligten klar und eindeutig für das Stoppen der Gewalt eintreten.

Die Spirale der Gewalt im Nahen Osten lässt sich nur mittels einer gemeinsamen regionalen Bekämpfung verbrecherischer Gewalttaten auch durch die arabischen Staaten überwinden – verbunden mit Verhandlungen und einem politischen Prozess mit dem Ziel eines gleichberechtigten Zusammenlebens der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Ein nachhaltiges Engagement der arabischen Staaten für die Sicherheit Israels ist nur möglich in Verbindung mit einer glaubwürdigen Perspektive für die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen.

Deutschland sollte seine Kraft daher für die Gründung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZMNO) einsetzen.

4. Konflikte mit Friedenslogik anstatt mit Freund-Feind-Denken lösen

Wir können Konflikte zwischen Staaten nicht verhindern, aber wir können sie deeskalieren. Und wir können sie so austragen, dass sich für alle Seiten die Sicherheit vor Gewalt erhöht.

Einen grundsätzlichen Ausweg aus der Gewalt bietet der wissenschaftliche Ansatz zur friedenslogischen Bearbeitung von Konflikten.

5. Die weltweite Herausforderung Nr. 1 fokussieren: Die Klimakrise

Wie durch direkte Gewalt ist unsere Sicherheit weltweit insbesondere durch die Klimakrise gefährdet.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung benennt zwar die Klimakrise als internationalen Konflikttreiber und die notwendigen enormen globalen Investitionen zur ökologischen Transformation.

Doch das Festhalten an militärischer Aufrüstung verhindert national wie international das notwendige unterschiedene Anpacken der Klimakrise.

Nur wenn wir weltweit unsere Kraft fokussieren und die CO2-Emissionen systematisch herunterfahren, können wir ähnlich der Überwindung des Ozonlochs gemeinsam die Klimakrise meistern.

6. Nationale und planetare Grenzen achten

Es ist richtig und wichtig, dem Versuch der gewaltsamen Verschiebung nationaler Grenzen durch Russland in der Ukraine entschieden zu begegnen.

Die Freiheit und Sicherheit von uns allen sind äußerst weitreichend durch das Überschreiten der ökologischen Grenzen unseres Planeten bedroht. Diese Grenzen müssen in den Strategien ebenso beachtet werden.

7. Dekolonialisierung: Verschwenderischen Lebensstil überwinden

Die aktuelle Weltordnung sichert für die reiche Oberschicht aller Länder einen Überwohlstand, der die planetaren Grenzen überschreitet. Diese Privilegien werden weltweit auch militärisch abgesichert.

Der insgesamt hohe, nicht auf alle Menschen verallgemeinerbare Lebensstandard der westlichen Staatengemeinschaft wird zu Recht als ungerecht wahrgenommen und fördert Fluchtbewegungen.

8. Internationale Beziehungen auf Augenhöhe gestalten

Die ökologischen Herausforderungen können wir weltweit nur gemeinsam meistern.

Die BRICS-Staaten streben nach internationalen Beziehungen auf Augenhöhe. Die meisten Länder des Globalen Südens haben sich den westlichen Sanktionen gegenüber Russland nicht angeschlossen, weil sie das Verhalten des Westens – auch im Ukrainekrieg – als Versuch der Beibehaltung westlicher Dominanz werten.

Wir benötigen neue Verhandlungen für eine allseits respektierte internationale Sicherheitsordnung. Chinas Global Security Initiative (GSI) ist dafür ein geeigneter Vorschlag.

9. Weltweite Versöhnung und Verständigung gestalten

Die Anerkennung der europäischen Klima- und Kolonialschuld sowie unserer Anteile an den Gewalt-Eskalationen in der Ukraine und im Nahen Osten kann Wege zu weltweiter Versöhnung und Verständigung eröffnen und ermöglicht neues Vertrauen.

10. Völkerrecht und Menschenrechte achten

Als westliche Welt/NATO missachten auch unsere Regierungen, wie andere, immer wieder Menschenrechte und das Völkerrecht – und messen bei Kriegsverbrechen Russlands und Israels zum Unverständnis des Globalen Südens mit zweierlei Maß.

Auch weigern sich sowohl die NATO-Staaten als auch Russland, China und weitere Atomwaffenstaaten bisher, die Verpflichtung und Impulse zu atomarer Abrüstung aus dem Atomwaffensperrvertrag und Atomwaffenverbotsvertrag umzusetzen. Atomwaffen sind Massenvernichtungsmittel.

Die Anerkennung und Änderung eigenen Fehlverhaltens stärken internationales Recht und Vertrauen.

11. Partizipation als Gewalt-überwindendes demokratisches Mittel

Durch eine breite demokratische Teilhabe werden gewaltfreie Lösungseinsätze für Konflikte gefördert.

Was innerstaatlich möglich ist, benötigen wir auch als internationale Norm in Richtung einer Weltinnenpolitik.

Partizipation als Gewalt-überwindendes demokratisches Mittel lässt sich nicht mittels militärischer Dominanz verbreiten. Als Grundlage benötigt sie gerechte Eigentumsverhältnisse in allen Ländern des globalen Nordens wie des globalen Südens.

12. Offene Debattenräume erhalten

Es ist wichtig, offene Debattenräume zu erhalten und zu gestalten.

Wir sollten der Versuchung widerstehen, der Last kontroverser Debatten durch Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit zu begegnen.

13. Miteinander statt gegeneinander: Gemeinsam regionale und globale Sicherheitsstrukturen ausbauen

Wir benötigen den prioritären Ausbau inklusiver und damit stabiler regionaler und globaler Sicherheitsstrukturen, die sich an den Konzepten gemeinsamer Sicherheit statt an exklusiven Militär-Bündnissen orientieren.

Dafür bieten sich in Europa die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) und im Nahen Osten eine dort zu etablierende „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“ (KSZMNO) an.

In diesen Strukturen und Prozessen sind Frauen- und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen umfassend zu beteiligen.

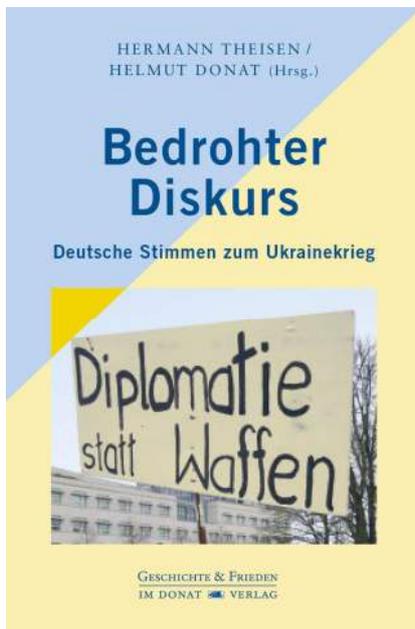
14. Weltweit kontrolliert abrüsten

Wir benötigen umfangreiche internationale Abrüstungsverträge und einen Wechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik.

Die USA und Russland, die mehr als 90 % aller Atomwaffen besitzen, müssen erneut mit wirksamen Verhandlungen zu nuklearer Risikoreduktion und nuklearer Abrüstung beginnen. Davon ausgehend sind auch die weiteren Atomwaffenstaaten wie China in die Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen.

Wie eine sozial-ökologische Entspannungspolitik in Europa und im Nahen Osten aufgebaut werden könnte, sollte im Rahmen der OSZE und einer KSZMNO verhandelt werden.

Rezension Hermann Theissen, Helmut Donat (Hrsg.) **Bedrohter Diskurs** von Michael Schmid



Seit dem russischen Angriff dauert der Krieg in der Ukraine nun über zwei Jahre an. Das bedeutet hunderte Tote und Verwundete, unsägliches menschliches Leid auch für ihre Angehörigen, Verwüstung des Landes und Zerstörung der Lebensgrundlagen mit allen sozialen, wirtschaftlichen, aber auch psychischen Folgen für die Betroffenen, und zwar auf beiden Seiten. Angeblich alternativlose Aufrüstung in Europa, Rekordgewinne der Rüstungsindustrie.

In Deutschland ist die Debatte über den Ukrainekrieg geprägt von Kriegsbefürwortung und -propaganda, vermehrten Waffenlieferungen, Feindbilddenken, Furcht vor „den Russen“ und dem wiederauferstandenen deutschen Schwertglauben.

Ein offener Diskurs, der die unterschiedlichen Auffassungen und gegensätzlichen Argumente gleichberechtigt nebeneinander zur Sprache bringt, findet dagegen nicht statt. Standpunkte, die dem Mainstream widersprechen und der Haltung großer Bevölkerungskreise eine Stimme geben, kommen in den großen Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen nur selten vor. Das bedeutet allerdings nicht, dass es nicht Menschen mit abweichenden Positionen zuhauf gibt. In der Friedensbewegung wissen wir das natürlich.

Hermann Theissen und Helmut Donat haben nun das Buch „Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg“ herausgegeben, in dem Beiträge von

insgesamt 57 Autorinnen und Autoren versammelt sind. Darunter befinden sich zum Beispiel Peter Brandt, Eugen Drewermann, Margot Käßmann, Gabriele Krone-Schmalz, Heribert Prantl, Michael von der Schulenburg, Günter Verheugen, Sahra Wagenknecht, Wolfram Wette, Andreas Zumach, u.a.m. Die Autorinnen und Autoren blicken zum Teil in sehr persönlicher Weise auf den Krieg in der Ukraine. Die daraus entstandenen Perspektiven wurden aus persönlichen, biographischen und beruflichen Hintergründen hergeleitet. Einig sind sich dabei fast alle darin, dass die Waffen umgehend zum Schweigen gebracht und der Krieg durch Verhandlungen beendet werden soll.

Eine Ausnahme bildet der SPD-Politiker Markus Meckel, in der kurzen Übergangsphase von April bis August 1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Er spricht sich gegen Forderungen nach Verhandlungen von außen aus, befürwortet weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, eine starke Aufrüstung der NATO und die Aufnahme der Ukraine nach dem Krieg in das nordatlantische Militärbündnis. Zudem stellt er fest: „Für absehbare Zeit ist Sicherheit in Europa als Sicherheit vor Russland zu konzipieren.“

Eine solche Denkweise teilen die anderen Autorinnen und Autoren dieses Buches nicht. So befürchtet etwa Wolfram Wette für die Zeit nach Ende des Ukrainekriegs einen neuen Kalten Krieg mit einem „neuen Eisernen Vorhang, der Europa von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer teilt,“ sowie eine von Militär, Aufrüstung und Feinddenken beherrschte Politik und Volkswirtschaften, die „eine stete Kriegsgefahr“ produzieren. Er hofft allerdings auf eine positive Alternative, die an die Friedens- und Entspannungspolitik seit den 1970er Jahren und deren Erkenntnis anknüpft, dass Sicherheit nicht durch ein militärisches Gegeneinander zu erreichen ist, sondern nur in einem Miteinander, das auch Russland einschließen müsse. Entsprechend könnten die Ideen der „Gemeinsamen Sicherheit“ und des „Gemeinsamen Hauses Europa“ die politische Orientierung für eine künftige gesamteuropäische Entwicklung vorgeben.

Insgesamt machen fast alle Autorinnen und Autoren Positionen sichtbar, die bislang in einem öffentlichen Diskurs nicht genügend beachtet oder ganz unterdrückt wurden. Es werden eine Vielzahl von Vorschlägen zu einem Weg heraus aus dem Ukrainekrieg und

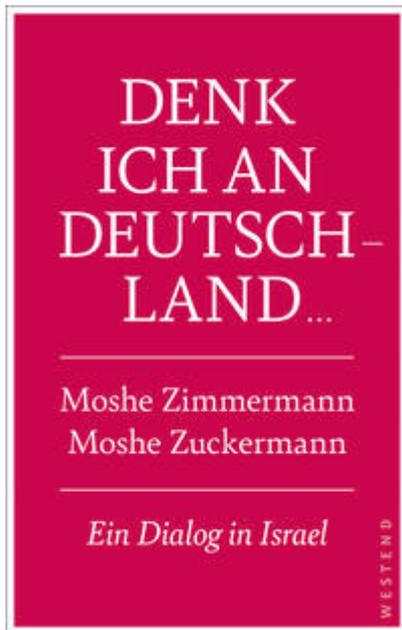
aus anderen kriegerischen Auseinandersetzungen gemacht. Bestenfalls sollen solche Kriege in Zukunft unmöglich gemacht und Konflikte mit zivilen Mitteln bearbeitet werden.

„Das Buch kommt zum richtigen Zeitpunkt und ist äußerst lesenswert! Das politische Ziel ‚Nie wieder Krieg!‘ darf nicht untergehen!“, urteilt das Schweizer

Online-Magazin GlobalBridge. Dem kann ich nur zustimmen.

Hermann Theisen/Helmut Donat (Hg.): Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg. Bremen: Donat Verlag 2024. ISBN: 978-3-949116-21-6; 368 Seiten; 24,80 EUR.

Rezension Moshe Zimmermann/Moshe Zuckermann: Denk ich an Deutschland... von Tamar Amar-Dahl



Wie verhalten sich deutscher Antisemitismus und in Israel beziehungsweise in Palästina implementierter Zionismus? Und wie verkam diese ursprünglich emanzipatorische jüdisch-nationale Idee zur Legitimation einer destruktiven Besatzungsherrschaft? Um diese Fragen kreist der Dialog zwischen Moshe Zuckermann und Moshe Zimmermann. Die israelischen Historiker deutscher Herkunft befassen sich seit Jahren mit der deutsch-israelischen Geschichte und verstehen sich auch als *public intellectuals*. Ihr Meinungsaustausch (ursprünglich eine fortlaufende E-Mail-Korrespondenz) aus den Jahren 2021/22 behandelt einen Themenkomplex, der angesichts des Krieges im Gaza-Streifen nach den Terrorangriffen der Hamas am 7. Oktober 2023 selten so aktuell war wie heute. Zuckermann und Zimmermann setzen dabei zwei Schwerpunkte: die israelisch-deutschen Sonderbeziehungen auf der einen und innerisraelische Probleme auf der anderen

Seite, wobei auch hier mit Fragen wie „Was erwartet Israel von den Juden Deutschlands?“ der Bezug zur Bundesrepublik präsent ist.

Der deutschen Ausgabe haben Zuckermann und Zimmermann ein abschließendes Kapitel hinzugefügt, das den Titel trägt: „Deutsche Solidarität – mit einem demokratischen Israel“. [1] Hier geht es um die Frage der deutschen Unterstützung für ein Israel, das nach der Parlamentswahl im November 2022 deutlich nach rechts gerückt ist. Es gelte dabei zu fragen, „ob man in Deutschland wirklich weiß, mit was für einem Staat man sich solidarisiert, wenn man Israel gegenüber eine solch beharrliche Loyalität bezeugt. Oder lässt sich etwa durch die Pathosformel der Zufluchtsstätte dermaßen blenden, dass man die Realität dieses Staates gleichsam ausblendet, um sich ungestört und bar jeglicher Wirklichkeitsrelevanz der längst schon zum verdinglichten Fetisch mutierten Sühnarbeit hingeben zu können? Weiß man in Deutschlands politischer Klasse wirklich nichts von der jahrzehntelangen Barbarei des israelischen Okkupationsregimes und seinen Auswirkungen auf Palästinenser und jüdische Israelis? Weiß man nicht, dass man sich mit einem Land solidarisiert, das Kriegsverbrechen begeht, das Völker- und Menschenrecht systematisch übertritt, das schon längst zu einem Apartheidstaat verkommen ist? Und wenn man das weiß, meint man nicht, die notwendige Verurteilung dieser barbarischen Praxis in irgendeiner Weise artikulieren zu sollen?“ (Zuckermann, 297)

Der Dialog spürt dieser Frage nach. Dabei geht es zum einen um die Anomalie der beinahe bedingungslosen deutschen Unterstützung einer nicht tragfähigen, letztlich selbstzerstörerischen Palästina-Politik Israels und zum anderen um die Aporie der innerisraelischen ‚Blindheit‘ der

verbrecherischen Vollstrecker der Okkupationspraxis“ (Zuckermann, 151). Zimmermanns Erklärungsansatz läuft auf eine Art israelische Variante der deutschen Sonderwegs-These hinaus: „Alles, was mit 'uns' [jüdischen Israelis] zu tun hat, ist definitionsgemäß *sui generis*. Das ist, *in nuce*, die von Israel gepredigte Philosophie, die das offizielle Israel auch den Deutschen aufzwingen will.“ (99) Dieser Exklusivitätsansatz erkläre das israelische Verständnis, Antisemitismus sei demnach keine Unterkategorie von Rassismus, die Shoah sei kein Sonderfall von Genozid und der Zionismus keine Spielart des Nationalismus. (99) So verweigere sich das offizielle Israel jeglicher Kritik und verdränge die politische Realität auch innerpolitisch. Zuckermann übt dabei unmissverständlich Ideologiekritik: Es gehe um das „Wirken der Ideologie, namentlich wenn diese völlig internalisiert wird und das Bewusstsein so sehr kolonisiert, dass sie zu einer gewollten Sinnestäuschung, einem 'falschen Bewusstsein' gerinnt.“ (151) Er spricht in diesem Zusammenhang von einer „fast schon [...] zweiten Natur“: „Allein schon der Versuch, eine sachliche Diskussion darüber zu führen“, werde „vom Träger des falschen Bewusstseins als Verletzung erlebt, als fundamentale Erschütterung seines Selbstverständnisses“. (152)

Diese Verdrängungsmechanismen koppelt Zuckermann an zwei zu bewältigende Schuldverfahrungen des Zionismus: Die erste sei der „Vatermord“, sprich die „Negation der Diaspora“, die andere habe mit der Staatsgründung zu tun: Israel sei „in Sünde“ geboren; „in der Tiefe seines Herzens“ wisse „so gut wie jeder jüdische Israeli, dass die Nakba“, also die Flucht und Vertreibung arabischer Palästinenser 1948, „tatsächlich stattgefunden hat, dass der Zionismus Verbrechen gegen die Palästinenser begangen hat und dass die 'Ursünde' sich über Jahrzehnte in der barbarischen Besatzungsrealität reproduziert“. (153) Die Verdrängung im öffentlichen Diskurs sei ein Grundmuster im Umgang mit diesem fundamentalen Schuldgefühl, ein anderes schlage „sich in jener grotesken Umkehr der Rollen von Opfern und Tätern nieder, deren Ideologisierung die Form der Selbstviktimsierung annimmt“. (154)

Für die israelische Selbstviktimsierungsfalle ist nach Zimmermann eine Kriegslogik charakteristisch, die an ein manichäisches Feindbild

gekoppelt ist: „Wenn 'die anderen' die Bösewichte sind, 'die anderen' den Krieg entfesseln, ist es unser gutes Recht, mit aller Kraft zurückzuschlagen. [...] Das Haager Abkommen oder die Genfer Konventionen werden dabei ignoriert, versteht sich. Kein Vorwurf, der gegen Israel erhoben wird, kann Israelis davon überzeugen, dass sie zu Tätern [im Palästina-Konflikt] geworden sind. [...] Diese Auslegung der Wirklichkeit, die in die Gehirne der Aggressoren mit großer Effizienz injiziert worden ist, ist die Ursache dieser moralischen Blindheit.“ (157)

Der hier besprochene Band ermöglicht tiefe Einblicke in zwei politische Kulturen, die auf toxische Art und Weise miteinander verbunden sind und daher immer tiefer in moralische Anomalien und politische Sackgassen geraten: Wenn der historische Antisemitismus in Deutschland als Triebkraft für das zionistische Israel verstanden wird und wenn es Israel tatsächlich gelingt, die Angst vor dem Antisemitismus als „effektives politisches Instrument“ immer wieder einzusetzen, um von den „sich häufenden und systematisch begangenen Verbrechen des israelischen Okkupationsregimes abzulenken“ (Zuckermann, 31), dann rechtfertige Deutschland eine politische Ideologie, die immer mehr Opfer hervorbringe. „Nichts verrät die Opfer [der Shoah] mehr als die Vereinnahmung ihres Andenkens zur Rechtfertigung einer oppressiv-viktimsierenden Wirklichkeit.“ (Zuckermann, 16)

„Denke ich an Deutschland ...“ liest sich nicht nur als Bilanz des Lebenswerks zweier emeritierter Geschichtswissenschaftler aus Israel, sondern auch als Bilanz einer jüdischen Jahrhundertbewegung, die 2023 nach 75 Jahren politischer Souveränität endgültig in die tiefste Sinnkrise ihrer Geschichte geraten ist.

Anmerkung:

[1] Der Band ist 2022 im Verlag Resling (Tel Aviv) erschienen; die deutsche Übersetzung erfolgte durch beide Autoren.